

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badisches Volksecho. 1946-1950 1949

18 (17.11.1949)

„Wissenschaftliche“ Methode bei Freudberg

„Bei mir beißen Sie auf Granit!“

Ingenieur Meyer arbeitet im Uran-Bergbau

Wer ist Doppelverdiener?

Verlag: Nordbadische Druck- und Zeitungsvertrieb G. m. b. H. Mannheim...

Tages- und Wochenausgabe

Erscheint täglich, außer an Sonn- und Feiertagen. Bezugspreis DM 2,50...

Jahrgang 1 / Nr. 18

Donnerstag, 17. November 1949

Preis 15 Pf.

Meinungsterror

Thorez wurde verhindert, am Rundfunk zu sprechen

Paris. Eine geplante Rundfunksprache des französischen Führers der Kommunistischen Partei, Thorez, wurde vom französischen Informationsministerium ohne Angabe von Gründen verboten.

Die kommunistische Fraktion der Nationalversammlung protestierte in einer Erklärung gegen das „willkürliche Verbot“ der Rundfunksendung, in der Thorez über sein Buch „Sohn des Volkes“ sprechen sollte.

Französischer Kollaborateur flieht

Paris. Gegen den früheren Botschafter der Vichy-Regierung für die französischen Kriegsgefangenen in Deutschland, Georges Scapini, ist Haftbefehl erlassen worden, nachdem er nicht zu der gegen ihn anberaumten Verhandlung erschienen war.

Oberhausrechte tatsächlich gekürzt

London. Das Einspruchsrecht des britischen Oberhauses ist nun endgültig von zwei Jahren auf eins zurückgesetzt worden.

Ruhige Wahlen in Syrien

Damaskus. Syrien, das in kurzer Zeit infolge der sich widerstrebenden imperialistischen Interessen zwei Staatsstreichs erlebt hat, hat eine zwei Tage dauernde Wahl durchgeführt, die ruhig verliefen ist.

Der Vasall in der Verzweiflung

New York. (dpa) Ein amerikanischer Dampfer wurde bei der Ausfahrt aus dem Jangtse von „nationalchinesischer“ Seite beschossen.

Im Streiflicht gesehen

Verhaftungen von Mitgliedern der Giuliano-Bande

Palermo. Im Gebiet von Monreale (Sizilien), wurden dieser Tage 60 Personen verhaftet, die mit dem Bandenführer Giuliano in Verbindung gestanden haben sollen.

London. Der britische Verkehrsminister

Alfred Barnes erklärte am Montag auf eine Anfrage im Unterhaus, es werde sich kaum noch lohnen, die Pläne für den Bau eines Tunnels zwischen England und Frankreich zu prüfen.

Boa auf Spaziergang durch Paris

Paris. Pariser Bürger erlebten am Montag mit Entsetzen, wie sich eine über drei Meter lange Schlange, eine Boa Constrictor, über eine Seine-Brücke schlängelte.

Atlantiküberquerung mit Segelboot forderte Opfer

Falmouth (Cornwall). Ein fünf Meter langes Segelboot, mit dem der 63jährige deutsche Paul Müller und seine 18jährige Tochter Aga den Atlantik überqueren wollten, wurde am Montag im Aermelkanal als vermißt gemeldet.

Schweres Zugunglück in Transvaal

Waterwal. (Transvaal). Ein Zug mit etwa 500 eingeborenen Arbeitern stürzte in der Nacht zum Dienstag in der Nähe von Waterwal (Osttransvaal) von einer 16 Meter hohen Brücke in einen Fluß.

Die Knechte schlimmer als die Herren!

Deutschland-Kongreß des „Nauheimer Kreises“ von „deutschem“ Regierungspräsidenten verboten

Koblenz. (dpa und EB). Der Deutschland-Kongreß des „Nauheimer Kreises“, der vom 18. bis 20. November in Rengsdorf bei Neuwied stattfinden sollte, ist verboten worden.

anstaltung durch die Bevölkerung (!) zu rechnen, so daß die öffentliche Sicherheit und Ordnung bedroht werde.

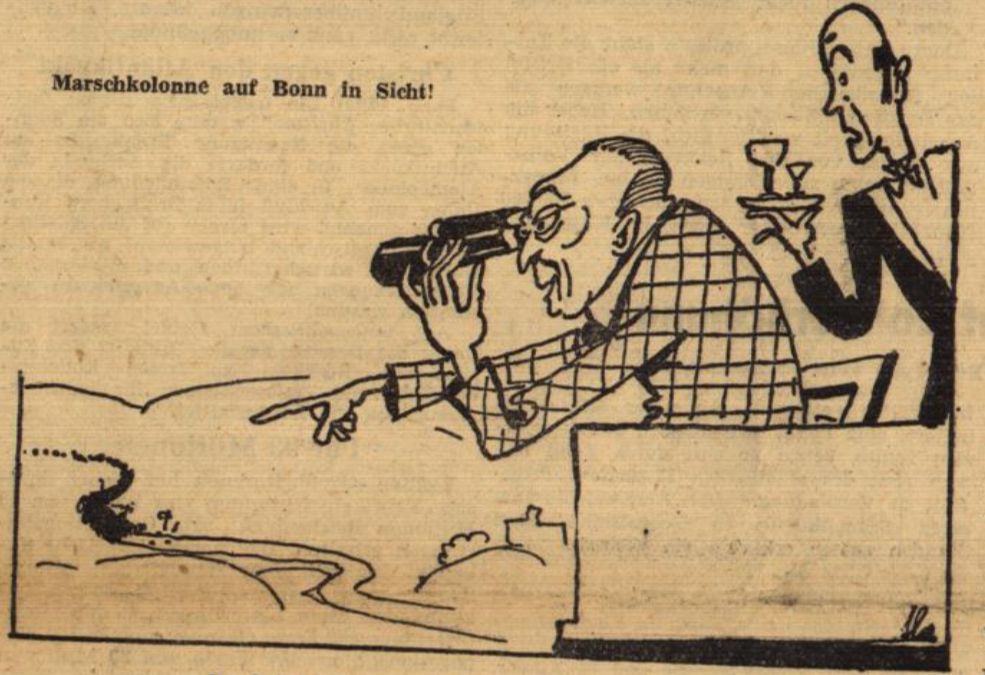
Diese Begründung ist einfach ungeheuerlich und infam. Mit der Berufung auf die Verfassung der Bundesrepublik wird diese selbst vergewaltigt.

bei aber nicht zu übersehen, daß das alte Rezept der Reaktion, mit dem sie zu allen Zeiten Unterdrückungsmaßnahmen gegen fortschrittliche Bewegungen durchführte, erhalten muß.

Es ist uns verständlich, daß den Totengräbern unserer Nation es unangenehm ist, wenn Männer, wie der stellvertretende Ministerpräsident der Deutschen Demokratischen Republik, Walter Ulbricht, Otto Nuschke (CDU) und Außenminister Dertinger nach dem Westen kommen.

Man muß sich vor Augen halten, daß dieses unerhörte Verbot des Deutschlandkongresses des „Nauheimer Kreises“ zu dem gleichen Zeitpunkt folgt, an dem Adenauer seine neuen Knechtel vor dem Westen machte und bereit ist, die deutsche Industrie an das Ausland auszuliefern.

Das speziell der französischen Besatzungsmacht jede Bestrebung, die das ganze Deutschland zum Ziel hat, recht unliebsam ist, ist uns nicht unbegreiflich.



Marschkolonnen auf Bonn in Sicht!

„Da kommt ja schon unsere neue deutsche Armee!“ „Leider nur Flüchtlingsschutz ‚Marsch nach Bonn‘, Herr Bundeskanzler!“

Atomkrieg? - Propaganda und Absicht

Auslese von Meldungen zweier Tage

Währenddem sich die Sowjetunion in der UNO bemüht, ein vollkommenes Verbot der Atomwaffe zu erreichen und unter der Führung der USA sich die westlichen Staaten sträuben, vollzieht sich im Westen eine geistige und materielle Vorbereitung für einen neuen Krieg ungeahnten Ausmaßes.

Die Sowjetunion hat kein Interesse am Krieg. Als sozialistisches Land gewinnt sie den Wettlauf im Frieden. Anders ist es im Westen. Während die Sowjetunion ihre Erfolge in der Beherrschung der Atomenergie in den Dienst bis dahin nicht geahnter kultureller Leistungen stellt, ist man in den USA in Hast und Eile dabei, Atombomben zu produzieren.

Zum Beweis, daß wir nicht zu viel behaupten, wollen wir den Inhalt von Meldungen entsprechenden Charakters, die innerhalb von zwei Tagen anfielen, wiedergeben.

Neue Superfestungen der USA

Seattle. Die Luftstreitkräfte der Vereinigten Staaten haben ein neues Modell der Superfestungen eingeführt, das 12 Bomben laden kann und eine Höchstgeschwindigkeit von 640 Stundenkilometer bei einem Aktionsradius von 10 000 Kilometern entwickelt.

Ein „Feuervogel“ gegen Flugzeug

Sandiego (Kalifornien). Die USA-Luftstreitkräfte haben sich ein „Feuervogel“, ein raketengetriebenes Geschö geschaffen, das ein Ziel automatisch ansteuert.

Wieviel USA-Atombomben bis 1952?

Washington. Ein Sprecher der amerikanischen Atomenergie-Kommission lehnte ab, zu berichten, daß die USA voraussichtlich bis 1952 über einen Vorrat von 850 Atombomben verfügen werden.

Generale auf Reisen

Tokio. Der amerikanische General Claine Chennault, der sogar Leiter der im letzten Dienst der bankrotten nationalsozialistischen Regierung verbliebenen Luftfahrergesellschaft der Amerikaner gewesen ist, reist nach Seoul in Südkorea.

Zur gegenseitigen „Stärkung“

Aus London wird berichtet, daß noch in diesem Jahr britisch-amerikanische Besprechungen über Fragen der Atomenergie stattfinden werden. Weshalb? Nach den Mittelungen über eine atomare Explosion in der Sowjetunion werde sich die USA in der Frage „des Atomgeheimnisses“ zu einer liberaleren Haltung gegenüber Großbritannien und Kanada entschließen.

Ein englischer Propagandafeldzug

Aus England wird berichtet, daß ein Propagandafeldzug für die Teilnahme an Luftschützungen im Gange ist. Man stelle sich vor, es sollen sogar Abwehrmaßnahmen gegen Atombombenangriffe erprobt werden.

15 Milliarden Dollar für Aufrüstung

Paris. 15 Milliarden Dollar für Aufrüstung verlangt Gaston Palevsky, einer der engsten Mitarbeiter de Gaulles, für die europäische Aufrüstung.

Sowjetunion kritisiert Atombombenabwurf

New York. Der sowjetische Delegierte, Jakob Malik, kritisierte den Abwurf der Atombombe auf Hiroshima. In der Debatte des zweiten politischen Ausschusses der internationalen Atombombenkontrolle bezeichnete Malik Hiroshima als eine „friedliche japanische Stadt“.

Wohin führt das alles?

Wir haben mit Absicht gegenüber der Flut von Atombomben- und Kriegsvorbereitungsmeldungen der westlichen Alliierten zum Schluß die Haltung des sowjetischen Vertreters in einem UN-Ausschuß zur gleichen Frage gegenübergestellt.

Heute im Innern des Blattes:

Adenauer handelt in entscheidender historischer Stunde gegen die Interessen der deutschen Nation!

Prof. Noacks Protest!

Berlin. Der Leiter des „Nauheimer Kreises“, Prof. Noack, protestierte in einer über Deutschlandsender verbreiteten Erklärung gegen das Verbot des in Rengsdorf geplanten Deutschlandkongresses.

Deshalb:

Bisher 3 Millrd. Besatzungskosten in Bayern München. Bayern hat seit Beginn der Besetzung bis Ende 1949 über 3 Milliarden Mark an Besatzungskosten und verwandten Ausgaben aufgebracht.

Als Humoreske zu ernst

Es kommt aus Bayern, was wir nun berichten. Dort hat ein Prinz Constantin gesprochen. Großneffe des bayerischen Kronprinzen Rupprecht, vor einem „Tassilo-Kreis“ der Bauernpartei. Was er dabei verkündet hat? „Bayern müsse auf dem Wege über eine überparteiliche Front selbständiger Staat in der Föderation europäischer Staaten werden.“

Israel verteidigt sich

Aus Washington wird berichtet, daß der israelitische Botschafter in Washington, Eliahu Elath, arabische Vorwürfe, daß die Friedensaussichten im Nahen Osten wegen der Haltung Israels „gering“ seien, zurückgewiesen hat.

Eloth bezeichnete die arabische Erklärung als „angriffslustig“ und geeignet zur Aufwiegelung und Erschwerung einer Einigung im vorderen Orient.

Der Vordere Orient ist eines der Schnittfelder konkurrierender imperialistischer Interessen. Ohne die gegenseitigen Beschuldigungen wörtlich zu nehmen, spiegelt sich in ihnen der Gegensatz zwischen den USA, England und Frankreich um die Beherrschung der Oelvorkommen und der strategischen Punkte.

Ungültige Parlamentswahlen in Teheran

Teheran. Die im Oktober in Persien abgehaltenen Parlamentswahlen wurden für ungültig erklärt. Sämtliche Stimmzettel wurden verbrannt.

Nebel legt Schiffahrt lahm

Hamburg. Dichter Nebel über der Unterelbe und im Nordostsee-Kanal legt seit Dienstmittag die Schiffahrt lahm.

Nach den Stahlarbeitern die Seelute

Vor Ausbruch eines Seelutestreiks in USA New York. In den USA steht der Ausbruch eines umfassenden Seelutestreiks unmittelbar bevor, nachdem der Streik der Stahlarbeiter fast vorüber ist und sich auch ein Ende des Bergarbeiterstreiks anzudeuten scheint.

Gemeinsamer Mißtrauensantrag

Rom. (Rdkf.) Die Parlamentsfraktionen der Kommunisten und der Sozialistischen Partei Italiens unterzeichnete am Montag einen gemeinsamen Mißtrauensantrag gegen die Regierung de Gasperi.

Schulstreik in der Pfalz

Gegen Konfessions- für Simultanschule Landau. In Essingen bei Landau in der Pfalz kam es am Montag zu einem Schulstreik. Die Elternschaft hatte sich in dieser Gemeinde für Beibehaltung der Gemeinschaftsschule ausgesprochen.

Wer ist Doppelverdiener?

In den letzten Wochen zeigte sich eine Erhöhung der Zahl der arbeitslosen Frauen gegenüber den Männern. Besonders drastisch kommt dies in den Monatsberichten der Landesarbeitsämter Württemberg-Baden und Niedersachsen, sowie auch beim Arbeitsamt Gelsenkirchen zum Ausdruck.

Eine verheiratete Frau, welche heute im Betrieb steht, arbeitet, um mitzuhalten, die Familie zu ernähren, weil der Lohn ihres Mannes nicht ausreicht.

Es ist falsch, und vom fortschrittlichen Gesichtspunkt aus gesehen gefährlich, wenn selbst Gewerkschaftsfunktionäre und Betriebsräte die vorgenannten Fälle des „Doppelverdienertums“ bezichtigen.

1933 waren unter den Erwerbstätigen 35 Prozent Frauen, heute sind es 38 Prozent.

Niklas neue Pläne gegen Verbraucher

Auch Butterpreis soll um 30 Pfennig erhöht werden

Bonn. (E.B.) Nachdem die Schweinefleischpreise in behördlicher Duldung über die früheren Schwarzmarktpreise hinaufgetrieben sind, gibt es keinen Schwarzmarkt für Schweinefleisch mehr.

wörtlich. Eine Preiskontrolle wird nach den bisherigen Erfahrungen ein Abfließen auf den Schwarzmarkt nicht verhindern können.

Der Absatz von Magermilch und eine zum Teil durch überflüssige Einfuhren hervorgerufene Schwemme auf dem Käsemarkt veranlaßt das Bundes-Landwirtschaftsministerium zu dem Vorschlag auf Senkung des Magermilchpreises bei gleichzeitiger Erhöhung der Preise für Vollmilch und Butter.

Ingenieur Meyer arbeitet im Uranbergbau

Wie es bei der Wismuth AG., Aue, wirklich ist — Eine aufschlußreiche Unterhaltung

Wir hatten uns mehr als ein Jahr nicht gesehen. Ich traf ihn wieder am Anhalter Bahnhof in Berlin. Er kam mit dem Dresdener Zug aus Freiberg, wie er mir mitteilte.

„Freiberg“, fragte ich. „Ist das nicht...“ „Ja, das gehört zur Wismuth AG. Aue...“

„Wie kommen Sie heute nach Berlin?“ „Wollte ich wissen, „kann man denn so ohne weiteres von dort weg?“

„Ich komme alle zwei, drei Wochen übers Wochenende nach Hause um meine Frau zu sehen“, antwortete er mir. Bei einer Tasse kräftigem Kaffee erzählte mir Ingenieur Meyer seine Erlebnisse im sächsischen Erzbau bei der Wismuth AG.

„Ich wurde als Leiter der Montageabteilung des Freibergers Reviers angestellt. Die ersten drei Tage vergingen mit der Erledigung der üblichen Formalitäten beim Arbeitsamt, der Polizei und dem Wohnungsamt sowie der ärztlichen Untersuchung.“

Diese war sehr streng, namentlich soweit es sich um Menschen für Untertagearbeiten handelte. Es war früher vorgekommen, daß Arbeiter mit körperlichen Defekten sich aus der ärztlichen Untersuchung herauszuwickeln und nach kürzerer oder längerer Zeit in der Grube zu Schaden kamen.

Reichliche Verpflegung

Um mit meinem Aufgabengebiet vertraut zu werden, arbeitete ich zuerst im technischen Büro des Leiters des Freibergers Reviers. Ich war angenehm überrascht von der kollegialen Art, in der die sowjetischen und die deutschen Ingenieure zusammenarbeiteten.

Die Verpflegung ist mehr als reichlich. Sie steigert sich vom Büroangestellten über den Ubertagearbeiter zu den höchsten Sätzen für die unter Tage beschäftigten Personen. Zusätzlich bekamen wir ein Mittagessen, dem vor den Augen des Empfängers zwei Löffel Butter beigelegt wurden. Es enthielt für die unter Tage Arbeitenden 100 Gramm und für die übrigen 50 Gramm Fleisch.

Erfundene Greuelhetze

Wie überall, wo durch besondere Verdienstmöglichkeiten größere Menschenmassen angezogen werden, schlüpfen naturgemäß auch soziale und arbeitsscheue Elemente durch. Es geschah nicht selten, daß Menschen eingestellt wurden, die sich ihre Bettwäsche, ihre Arbeitsanzüge, ihr Geschirr, und was ihnen sonst zustand, geben ließen, die Sachen dann verkauften und mit dem Erlös verschwanden.

Sinkender Lebensstandard der französischen Arbeiter

„Economist“ rät zur Vorsicht bei dem „unsicheren Bundesgenossen“

Die an den Marshallplan geknüpften Hoffnungen, die französische Wirtschaft wieder ins Gleichgewicht bringen zu können, haben sich nicht erfüllt. Schon kurz vor der Abwertung, vor allem aber seit der Franc-Abwertung selbst, hat die Inflation erneut eingesetzt.

Da der Vorschlag für das Budget für das Jahr 1949 nicht eingehalten werden kann, bleibt der französischen Regierung nichts anderes übrig, als den Notenumlauf zu erhöhen und tiefer in den „Gegenwert-Fonds“ des Marshallplans hineinzugreifen, was zu einer immer tieferen Verschuldung der französischen Wirtschaft und damit zu einer immer stärkeren Abhängigkeit von der amerikanischen Krisenwirtschaft führt.

Wenn man aus einer Statistik entnimmt, daß die Profite von 27 Großbanken von 707 Millionen Frank im Jahre 1948 auf 1074 Millionen im Jahre 1947 und auf 2297 Millionen im Jahre 1948 gestiegen sind und daß die von 120 großen Metallunternehmen im selben Zeitraum von 1465 Millionen auf 3278 bzw. 8149 Millionen anwachsen, dann braucht man sich nicht darüber zu wundern, daß selbst nur der für Kapitalisten geschriebene „Economist“ zu der Feststellung gelangt:

Und es erscheint dem „Economist“ ganz verständlich, daß diese ungerechten wirtschaftlichen Verhältnisse „zu einer Wiederaufnahme des Klassenkampfes führen werden.“

„Es ist jedoch eine bewiesene Tatsache, daß die Früchte der wirtschaftlichen Profite, die Frankreich im Frühjahr machte, zwischen den Profiteuren und den Lohnempfängern nicht gerecht verteilt wurden.“

Denn diesen Riesenprofiten steht die Tatsache gegenüber, daß mehr als ein Drittel der französischen Arbeiter weniger als das Existenzminimum verdienen. Ueber die Arbeitslosigkeit veröffentlicht die Regierung aus Angst vor der Reaktion der Volksmassen keine zuverlässigen Zahlen. Immerhin ist bekannt geworden, daß etwa 500.000 französische Arbeiter noch in Kurzarbeit stehen.

Sie beharren auf Lohnerhöhung

Trotz Appell der britischen Regierung kein Nachgeben

London. (dpa) Der Vorstand des britischen Gewerkschaftsverbandes der Schiffsbau- und Maschinenbauarbeiter, beschloß am Mittwoch, seine Forderungen auf Erhöhungen des Wochenlohnes um ein Pfund Sterling aufrecht zu erhalten. Dieser Beschluß wurde gefaßt, obwohl Vertreter der Regierung an die Gewerkschaften appelliert hatten, wegen des gegenwärtigen wirtschaftlichen Notstandes Verhandlungen für Lohnerhöhungen auf einen späteren Zeitpunkt zu verschieben.

burtsheifer betätigen. Als einer seiner Passagiere, eine Polin, ihre schwere Stunde kommen fühlte, setzte er sich durch Funk mit dem Arzt des schottischen Flughafens Prestwick in Verbindung. Der Arzt erteilte ihm einen Schnellkursus in Geburtshilfe. Drei Stunden später erblickte ein gesundes Mädchen das Licht der Welt.

Damit ist innerhalb der letzten vier Wochen bereits das dritte Kind im Flugzeug zur Welt gekommen. Am Bord des Flugzeuges befanden sich 36 Erwachsene und 20 Kinder, sämtliche heimatlöse Ausländer, die von Bremen nach Nordamerika flogen. (nach ins. und Reuter)

Christen gegen den Atlantikpakt

Paris. (dpa) Die französische „Union fortschrittlicher Christen“ wandte sich am Sonntag gegen die Beteiligung Frankreichs am Atlantikpakt und forderte die Aechtung der Atombombe. In einer Entschiedenheit, die die Union zum Abschluß ihres dreitägigen Kongresses anmahnt, wird ferner auf die Entwicklung in Deutschland hingewiesen, wo bereits wieder die wirtschaftlichen und militärischen Voraussetzungen für neue Aggressionen geschaffen wurden.

Auf innerschweizer Gebiet fordert die Union die Beseitigung der Diktatur des Kapitalismus. Rückkehr zu freien Kollektivverträgen und Preissenkungen für Industrieerzeugnisse und Lebensmittel.

Für 93 Millionen

London. Großbritannien hat bisher deutsche Fabrikeinrichtungen im Werte von 40 Millionen Reichsmark als Reparationsleistungen erhalten. Der parlamentarische Sekretär des britischen Handelsministeriums, Edwards, gab am Montag im Unterhaus bekannt, daß diese Lieferungen zu den Großbritannien bis Ende Oktober zugeteilten Reparationsgütern im Werte von 93 Millionen Reichsmark gehören. Wie Edwards sagte, werden die Reparationslieferungen nach dem Reichsmarkwert von 1938 bewertet.

Wird Mitbestimmung weiter sabotiert?

Große Anfrage der KPD-Fraktion

Stuttgart. (Iwb) Die KPD-Fraktion des württembergisch-badischen Landtags hat die Staatsregierung in einer großen Anfrage um Auskunft darüber gebeten, ob sie im Falle einer veränderten Haltung der amerikanischen Dienststellen bereit sei, das wirtschaftliche Mitbestimmungsrecht der Betriebsräte in Kraft zu setzen.

Das Arbeitsministerium arbeitet zur Zeit eine Beantwortung der Anfrage aus und prüft die für die Inkraftsetzung des Mitbestimmungsrechts in Frage kommenden juristischen Gesichtspunkte im Hinblick auf das Grundgesetz und das Besatzungsstatut.

Die amerikanische Militärregierung hatte am 1. August d. J. das wirtschaftliche Mitbestimmungsrecht erneut suspendiert, nachdem sie im Juli die erste Suspendierung vom Herbst 1948 aufgehoben hatte. Der Landtag hatte daraufhin am 20. Juli die Inkraftsetzung des wirtschaftlichen Mitbestimmungsrechts beschlossen.

Die kommunistische Anfrage erfolgte auf Grund einer dpa-Meldung, nach der der amerikanische Landeskommissar Charles P. Gross erklärt hatte, daß es zur Inkraftsetzung des Mitbestimmungsrechtes eines besonderen Landtagsbeschlusses bedürfte. Die Hohe Kommission habe jedoch auch dann noch eine dreiwöchige Einspruchsfrist.

Pressestimmen

Franzosen verlangen mehr als „allgemeine Platteheiten“

Die maßgeblichen französischen Militärs und Politiker konnten sich noch nicht vollständig über Vorbehalten und Verdächtigungen gegenüber den englischen Absichten frei machen. Das mag teilweise unser Fehler sein; die strategische Lage erscheint von der gegenüberliegenden Seite des Kanals aus betrachtet anders. Es ist bekannt, daß die Art, in der das Abwertungsunvermeidlich war oder nicht, — den Franzosen einen schweren Schlag versetzte. Sie werden mürrisch, wenn wir auftreten und darauf hinweisen, daß wir auch strategische Verpflichtungen im Mittelmeerraum und dem mittleren Osten und nicht nur in Westeuropa haben.

Die Franzosen, auch die intelligentesten und bestinformiertesten unter ihnen, äußern Zweifel daran, ob wir wirklich mit dem Herzen bei der Sache sind — bei ihrer Sache. Haben wir wirklich mit dem Geiste der Westunion unser Streben nach einer Form der Freiheit des Handels aufgegeben? Haben wir eine Garantie für die vollständige Zusammenarbeit gegeben, die mehr darstellt muß, als einige allgemeine Platteheiten? Diese Gedankengänge treffen noch in stärkerem Maße auf das weitere Feld des Atlantik-Paktes als auf den Brüsseler Pakt zu. Die Franzosen hegen viel größere Zweifel in Bezug auf die Absichten der Vereinigten Staaten als auf die des Vereinigten Königreiches. Das laute Denken in den strategischen Angelegenheiten

folgte“ paradien und für ein paar hundert Mark ihre Greuelgeschichten erfinden.

Jede Woche kamen alle sowjetischen und deutschen Schachleiter, Ingenieure, Obersteiger und Steiger zur Erörterung der Verbesserung der Arbeitsmethoden und der Planerfüllung zusammen. In den Diskussionen nahm die Frage der Betriebssicherheit einen hervorragenden Platz ein. Wir arbeiteten nach den in Deutschland geltenden Bergvorschriften und Sicherheitsvorschriften. Deutsche Bergsicherheitsorgane kontrollierten die genaue Einhaltung dieser Vorschriften. Wenn ein Schacht neu angelegt wurde, war das erste die Anlegung der Wasserleitung und von Badeangelegenheiten. Auch Trockenräume wurden gebaut. Alles ist mit Zentralheizung versehen.

Für die Kumpels sind Klubräume eingerichtet, wo Bücher, Billard, Schach und andere Dinge zur Zerstreuung zur Verfügung stehen. Nach Abfahren ihrer Schicht sind die Kumpels natürlich frei und können tun, was sie wollen. Wer seine Familie in erreichbarer Nähe von Freiberg hat, kann seine Schichten im Laufe der Woche so tauschen, daß er über das Wochenende seine Familie aufsuchen kann.

Beim Uranbau ergibt sich natürlich eine Anzahl von Nebenprodukten wie Blei, Pyrit und Schwefel. Nach der Aussonderung des für die Urangewinnung notwendigen Gesteins kommt der Rest an Erzen in eine besondere Aufbereitungsabteilung, wo die einzelnen Stoffe herausgezogen und der volkseigenen Wirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik zur Verfügung gestellt werden.

Es fängt mit 400 Mark an

Was die Leute dort verdienen? Es fängt mit etwa 400 Mark bei einem unter Tage arbeitenden Schlosser an. Bei den Kumpels ist es viel mehr. Es gibt Leistungslohn und Prämien, teils in Geld, teils in Textilien und Schuhen. Dabei darf man nicht vergessen, daß das Geld, das man dort verdient, vollen Friedenswert hat, denn die Zuteilungen, die ja nach Friedenspreisen bezahlt werden, sind so reichlich, daß es dort kein Mensch nötig hat, irgend etwas zu schwarzen Preisen zu kaufen. Alle können sich ein Stück Geld zurücklegen. B.H.

Randbemerkungen

Wohnungen für die Bürokratie

Aus Bonn meldet dpa: „Bonn beginnt mit dem Aufbau. Mehrere tausend Arbeiter sollen noch in diesem Winter für den Wohnungsbau, für Reparaturen und Ersatzbauten beschäftigt werden. 2.228 Wohnungen sollen bis Mitte Mai 1950 in Bonn bezugsfertig sein.“ Sollen das Wohnungen für Flüchtlinge und Ausgebombte werden? O nein, für diese Volksgenossen hat man es nicht so eilig und von einem solchen Wohnungsbau-Programm war vorher auch nichts bekannt. Aber nun ist Bonn ja Sitz der Regierung und des Parlaments geworden und für die Bürokratie muß natürlich besser und schneller gesorgt werden als für die Flüchtlinge, Ausgebombten und sonstige heimatlos gewordenen. Der im Handumdrehen fertig gewordene Plan sieht für jedes der geplanten vier Verwaltungszentren im Norden, Süden, Westen und Zentrum der Stadt eine Wohnsiedlung vor. Daß es in diesem Falle nicht beim Planen bleibt sondern die Ausführung schnellstens nachfolgen wird, darauf kann man sich verlassen, denn es handelt sich ja um keinen „sozialen“ Wohnungsbau sondern um Wohnungen für die restierende Bürokratie.

Der Städtekrieg geht weiter

Nachdem die Komödie „Bonn oder Frankfurt“ vorläufig beendet zu sein scheint — Eintrittsgelder für den deutschen Steuerzahler rund 250 Millionen DM — werden schon die Kulissen für ein neues Stück gestellt, das sich „Koblenz oder Mainz?“ betitelt. Die Statistiker der Zahlen-Statistiker bedingt bereits zumarschieren und noch in diesem Monat soll im Landtag von Rheinland-Pfalz der letzte Akt der Komödie gespielt werden. Die Geschichte hat noch einen pikanten Epilog. In Koblenz drängt man auf eine rasche Entscheidung, weil man sich der Hoffnung hingibt, daß im Falle einer Verlegung des Regierungssitzes von Koblenz nach Mainz verschiedene Bundesämter, die zur Zeit noch ihren Sitz in Frankfurt a. M. haben, nach Koblenz verlegt werden, weil sie dann näher zu Bonn liegen würden. Das wäre eine recht faden-scheinige Begründung für einen doch immer mit Kosten verbundenen Behörden-Umzug. In Frankfurt war doch bisher Platz genug. Aber es gleicht die politische Atmosphäre in Koblenz mehr der von Bonn und man könnte dem „aufdringlichen“ Frankfurt damit einen Streich spielen. Ein solches doppeltes Vergnügen kann man sich vom deutschen Steuerzahler schon bezahlen lassen.

der USA ganz besonders die Gedanken, die von der Luftwaffe oder den Kreisen, die in enger Berührung mit ihr stehen, ausströmen haben viel dazu beigetragen, daß ein recht unglückliches Echo in der französischen Öffentlichkeit hervorgerufen wurde. Wenn den Franzosen erzählt wird, daß sie im Falle eines Krieges mit der ersten Klasse der Luftwaffe jenseits des Ozeans gedeckt werden, dann macht dies auf sie keinen Eindruck. Sie wissen, daß im Falle eines Krieges viel mehr für sie getan werden muß, wenn sie überleben sollen. Es ist zweifelhaft, ob sie in den USA die wachsende Beachtung dieser Tatsache wahrnehmen konnten, auch wenn uns dies klar genug erscheint. „The Times“, London.

Ausländische Missionen bei den Hochkommissaren akkreditiert

Es hat sich inzwischen bestätigt, daß jede formelle Verbindung zwischen diesen ausländischen Missionen und den deutschen Bundesbehörden nicht auf direktem Weg, sondern über das Generalsekretariat der Hochkommission erfolgen soll. Die Hochkommissare haben sich damit einverstanden erklärt, daß diese Missionen von Chefs mit diplomatischem Rang und Titel geleitet werden und daß ihnen die vollen, üblicherweise gewährten diplomatischen Privilegien und Immunitäten gewährt werden. Aber gleichzeitig wird von alliierter Seite nachdrücklich betont, daß sie nicht als diplomatische oder konsularische Vertretungen im eigentlichen Sinn des Wortes zu gelten haben. Dieser Vorbehalt zielt sichtlich darauf ab, eine staatsrechtliche Begründung für die Sonderregelung zu schaffen, die vorsieht, daß die Missionen nicht bei der westdeutschen Regierung, sondern bei der alliierten Hochkommission zu akkreditieren sind und daß sie nur auf dem Umweg über diese mit den deutschen Behörden verkehren können. „Neue Züricher Zeitung“.

Adenauer's Kapitulationserklärung

Bonn. (SID). Vor einem gutbesetzten Hause gab Bundeskanzler Dr. Adenauer im Bundestag eine leidenschaftslose Darstellung der bisherigen außenpolitischen Bemühungen seines Kabinetts. Die Demontagefrage, sagte er, habe immer wieder eine große erschütternde Rolle gespielt. Sie habe über die politische auch eine große psychologische Bedeutung.

Am letzten Tage des vergangenen Monats sei ihm von sehr maßgebender alliierter Seite gesagt worden, alle deutschen Anträge in der Demontagefrage würden auch in Zukunft abgelehnt. Für die westliche Seite sei die Demontagefrage zuerst eine Frage der Sicherheit. Als wesentlichen Beitrag Deutschlands zur Sicherheit betrachte der Westen die Mitarbeit in der Sicherheitsbehörde und am Ruhrstatut, die Ernennung von Mitgliedern an Stelle eines Beobachters in der Ruhrkommission.

Dr. Adenauer gab Kenntnis von einem Schreiben, das er am 1. November an den britischen Hohen Kommissar Robertson gerichtet hat. In diesem habe er das Sicherheitsbedürfnis der westlichen Nachbarn als eine Realität anerkannt und sich zur Mitarbeit in jedem Organ bereit erklärt, das zur Stärkung des Sicherheitsbedürfnisses der westlichen Alliierten beitrage. Die französische Regierung habe daraufhin in einer Note vom 7. November nähere Erläuterungen verlangt und noch am gleichen Nachmittag sei diese Note beantwortet und eine Klärung folgender Fragen vorgeschlagen worden.

- 1. Beitritt Deutschlands zum Ruhrstatut,
2. enge Zusammenarbeit mit der Sicherheitskommission,
3. Zusammenarbeit mit den Benelux-Staaten und der französisch-italienischen Zollunion,
4. Beendigung des Kriegszustandes.
Zur Frage der Beteiligung ausländischen Kapitals wies Dr. Adenauer darauf hin, daß führende Sozialdemokraten, unter ihnen Dr. Schumacher und Henßler, bei einer Besprechung mit Mc. Cloy die Beteiligung des Auslandes an der August-Thyssen-Hütte vorgeschlagen hätten, von einer Weiterarbeit derselben unter internationaler Kontrolle für Rechnung der Reparationsgläubiger.

Adenauer handelt in entscheidender historischer Stunde gegen die Interessen des deutschen Volkes

Regierungserklärung und Debatte über die Außenpolitik des Separatstaates im Bonner Bundestag

Und doch Beteiligung von Auslandskapital vorgeschlagen

Weiter sprach Dr. Adenauer davon, daß die Vereinigten Stahlwerke ihr Aktienkapital um 300 Millionen DM auf 800 Millionen DM erhöhen wollten. Davon sollten 250 Millionen DM vom Ausland und 50 Millionen DM von einigen Kommunen des Ruhrgebietes übernommen werden. Diesen Vorschlag habe ich dem Schreiben an die französische Regierung beigefügt. Am 9. November wurden beide Schriftstücke allen Fraktionsvorsitzenden vorgelesen.

Am Vormittag, sagte Dr. Adenauer weiter, haben Besprechungen mit den Hohen Kommissaren begonnen. Es werden noch eine Reihe weiterer folgen mit dem Sinn, die Bundesrepublik Deutschland einzufügen in den Kreis der westeuropäischen Mächte. Es wurden uns von seiten der Hohen Kommissare keine Bedingungen gestellt, sondern eine Klärung unserer Stellung zum den „Wünschen der Westalliierten“ verlangt, in bezug auf unser Verhältnis zur Sicherheitskommission, unseren Eintritt in die Ruhrkommission und unsere Stellung zum Ruhrstatut, sowie unser Verhältnis zur Dekartellisierung.

Dr. Adenauer betonte, er habe seine Gedanken zu Artikel 31 des Ruhrstatuts zum Ausdruck gebracht, dieser könne ausgelegt werden als ein Blankoscheck in den Händen der sechs Mächte, welche die Londoner Empfehlungen beschlossen haben. Die Hohen Kommissare hätten dieser Auslegung widersprochen, jedoch zum Ausdruck gebracht, daß Deutschland nach dem Beitritt zum Ruhrstatut sich den Mehrheitsbeschlüssen der Ruhrbehörde fügen müsse.

Gegenstand der kommenden Besprechungen sei:

- a) die von den Alliierten Mächten gewünschte Beteiligung der Bundesregierung an einer großen Anzahl internationaler Organisationen,
b) die Prüfung der Frage, wie der Kriegszustand beendet werden könnte,

- c) die Genehmigung zum Bau größerer und schnellerer Schiffe,
d) die Errichtung von konsularischen und Handelsvertretungen im Ausland und
e) die Regelung der Demontagefrage.

Es sei jetzt schon klar, erklärte Dr. Adenauer, daß keine Aenderung der Liste I (Kriegsmaterial produzierende Werke) zu erreichen sei. Jedoch sollte in eine Ueberprüfung der zur Demontage vorgesehenen Werke der Stahl- und synthetischen Industrie eingetreten werden. Während der Verhandlung solle die Demontage verlangsamt

werden, unter anderem bei Geisenberg, Chemische Werke Hüls, August-Thyssen-Hütte, Ruhrstahl Hattingen, Charlottenhütte und Borsig Berlin. Er hoffe, Ende der kommenden Woche schon von einigen Ergebnissen berichten zu können.

Dr. Adenauer erklärte ausdrücklich, daß er an seinem, der „Zeit“ gegebenem Interview festhalte. Zum Schluß bekannte er sich zu einer Aussöhnung Frankreich-Deutschland als einer der Angelfragen der europäischen Geschichte. Sein Bericht erhielt Beifall von der CDU bis zur äußersten Rechten.



Konrad Adenauer der Kanzler der Kapitulation

rielle Hilfe ein Anrecht darauf. Nach Ablauf des Marshallplanes könnten sich die einzelnen Länder mit Hilfe der dann einmal vorhandenen Einrichtungen schon aus eigener Kraft weiterhelfen. Er erteile aber allen Neutralitätspolitikern und Brückenschlagern zum Osten eine entschiedene Absage. Die Besprechungen der letzten Tage zwischen und mit den Vertretern der westlichen Großmächte bedeuteten Wesentliches zur Ausweitung unserer Freiheit. Er behauptete weiter, daß es sich bei allen Investitionen ausländischen Kapitals um Minderheitsbeteiligungen handele, die nicht zu einer Ueberfremdungsfahr führen würden. Das Ausland würde lediglich eine Kontrolle über die Minderheitsbeteiligung durchführen. Auch Dr. Euler bezeichnete die Anwürfe der Opposition als unbegründet. Es sei nicht alles Politik des Großgrundbesitzes, was den Anschauungen der SPD widerspreche. Seine Vorwürfe gegen die SPD, die sich mit dem marxistischen Klassenkampf befaßten, waren offensichtlich an die falsche Adresse gerichtet. Abschließend wies er die kürzlich eingegangenen Wahlbündnisse der FDP mit den Nationaldemokraten zu rechtfertigen.

CDU und FDP decken Politik Adenauers

Vorwürfe an falsche Adresse

Schließlich produzierten die Vereinigten Stahlwerke 40 Prozent des deutschen Stahls und die ausländischen Geldgeber wollten wissen, wohin der Stahl kommen, erwiderte Bundeskanzler Adenauer dem Führer der Opposition, Dr. Schumacher, auf seine Antwort. Seine Antwort auf die Ausführungen Dr. Schumachers war sehr mager und bestand lediglich noch darin, daß Adenauer sich hinter seiner schlechten Informiertheit versteckte und Schumacher — was Erlangung von Informationen anbetrifft — Komplimente machte.

Dr. Gerstenmaier und Dr. Schröder, beide CDU, stellten sich für ihre Fraktion beide ohne Einschränkung hinter die Worte des Bundeskanzlers, wobei Dr. Gerstenmaier die massiven Angriffe gegen Adenauer anlässlich der vielbesprochenen Interviews, die dieser ausländischen Zeitungen gewährte,

als unbegründet bezeichnete. Sie dienten ausschließlich demagogischen Zwecken. Deshalb verlange er von den einzelnen Fraktionen Distanz von ihren Parteipropagandakampagnen. Dr. Schroeder versuchte das Schweigen der Regierung in gewissen Situationen zur Rechtfertigung, auch dann, wenn die Opposition sie zur Rede zwingen wolle. Die SPD habe die Haltung der Regierung als anti-deutsch und pro-französisch bezeichnet, wofür ihr jedoch das Recht fehle. In schwierigen Situationen bestimme nun einmal der Bundeskanzler die Linie der einzuschlagenden Politik.

Mit unmotivierten Ausfällen gegen die Politik des europäischen Ostens und der Sowjetunion begann der FDP-Abg. Dr. Euler seine Ausführungen. Europa bis zum Ozean wäre heute „Opfer“ der Sowjetunion, wenn die USA nicht als Einiger Europas auftrete würden. Diese hätten durch ihre mate-

Der Separatregierung wurden keine Rechte eingeräumt!

Max Reimann: „Dr. Adenauer wiederholte die Vorschläge des Kölner Großbankiers Pierdemenges“

„Die Pariser Außenministerkonferenz kam zustande, nachdem die Regierung der Sowjetunion nach der Bildung der Deutschen Demokratischen Republik dieser die volle Souveränität zurückgegeben hat,“ erklärte Abg. Max Reimann (KPD) zur Erklärung Dr. Adenauers über seine Außenpolitik. Während vorher „eine Atmosphäre der Langeweile“ über dem Parlament lag, wie Dr. v. Meer Katz (DP) feststellte, kam Leben unter die Abgeordneten und die Journalisten, als Reimann an das Rednerpult trat. Mit Interesse folgten alle seinen gut untermauerten Ausführungen. Nicht Adenauer — die Hohen Kommissare regieren

Mitbestimmungsrecht in den Betrieben und allen Wirtschaftsorganen. Die Gewerkschaften werden es ablehnen, erklärte Reimann, das Ruhrstatut in diesem westdeutschen Staat wirksam werden zu lassen. Darum müssen die Forderungen des letzten Münchener Gewerkschaftskongresses verwirklicht werden: Mitbestimmungsrecht, Reform der Sozialversicherung und Erhöhung der Löhne und Gehälter.

Von den Feststellungen der SPD müssen wir zu Taten übergehen

Die Gefahr, in der sich das deutsche Volk, insbesondere die deutsche Arbeiterschaft befindet, ist riesengroß. Daher ist das gemeinsame Handeln in den Gewerkschaften und überall notwendig, betonte Max Re-

mann zum Schluß seiner Rede. Die deutsche und die internationale Reaktion sehen nicht nur in den Kommunisten eine Gefahr, sondern in jedem, der fortschrittliche, demokratische Ziele vertritt. Von den Feststellungen der SPD müssen wir zu Taten übergehen! Dazu genügt der Stimmzettel allein nicht, sondern ist der Kampf des Volkes notwendig. Das deutsche Volk will keine Beteiligung in der Europa-Union und in dem Atlantikpakt-System, will keine einseitige Orientierung nach dem Westen. Das deutsche Volk wünscht in einer einheitlichen deutschen demokratischen Republik mit allen Völkern sich auszusöhnen, damit Frieden und Wohlstand unter den Völkern herrsche.

Jetzt muß gehandelt werden!

Josef Ledwohn, MdL Nordrhein-Westfalen

Alarmierende Tatsachen und Nachrichten zeigen, daß die Bundesrepublik Westdeutschland in immer größerer Abhängigkeit gerät. Adenauer, der Kanzler der Industrieherrschen an Rhein und Ruhr, der Kanzler der in- und ausländischen Imperialisten, setzt sich für die Anerkennung der Abtretung des Saargebietes ein, er will die internationale Ruhrbehörde anerkennen, er bietet 40 Prozent des Wertes unserer Industrie amerikanisch-französischen Finanzherren an. Adenauer liefert die Industrie dem USA-Kapital aus, um in Westdeutschland die Ueberführung der Großindustrie in die Hände des Volkes, das Mitbestimmungsrecht der Gewerkschaften und Betriebsräte zu verhindern, die Ausbeutung der Arbeiter durch zwei Herren zu sichern. Schon wird über eine Wehrmacht diskutiert, Westdeutschland soll in den kriegerischen Atlantikpakt einbezogen werden.

Anstatt das Angebot des Präsidenten der Deutschen Demokratischen Republik, Wilhelm Pieck, anzunehmen, gemeinsam in ganz Deutschland für Einheit und Unabhängigkeit unseres Vaterlandes einzutreten, flüchten sich die reaktionären „Politiker“ Westdeutschlands in die Arme der „westlichen Herren“, die Deutschland als ihr Einflugsbrett betrachten. Man darf diese Gefahren nicht unterschätzen. Klar steht vor allen eine große Entscheidung. Unter dem Druck der Herren des unseligen Marshallplans sinkt die Produktion in vielen Industriezweigen, wird der Warenumsatz kleiner, steigen die Preise, steigt die Arbeitslosigkeit. Demontagen zerstören notwendige und wertvolle Betriebe.

Welcher Deutsche wollte die Verantwortung für diese folgenschwere Entwicklung übernehmen? Die Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik hat sich zu den 20 Forderungen der Nationalen Front bekannt. Das ist ein Programm, geeignet, das ganze Volk mit Ausnahme einer Handvoll Reaktionäre und Kapitulanten zu einigen.

Die Nationale Front ist in Westdeutschland bereits eine politische Bewegung voll innerer Kraft. Jeder gehört zur Nationalen Front, der gegen die Demontage ist und sich tatkräftig mit dem Volk für die Erhaltung der Friedensindustrie einsetzt. In der Nationalen Front steht jeder, der gegen die Einbeziehungen Westdeutschlands in den Atlantikpakt, für ein friedliches Deutschland eintritt, das in Freundschaft mit allen Völkern lebt. In der Nationalen Volksbewegung kämpfen heißt mit aller Kraft für einen demokratischen Friedensvertrag, die Einheit Deutschlands und den Abzug der Besatzungstruppen eintreten. Millionen Deutsche auch in Westdeutschland erkennen bereits, daß ihre Lage und die Zukunft unserer Heimat nur zum besseren geführt werden kann, wenn wir Deutsche ohne Besatzungsstatut, Ruhrstatut, Demontage und militärische Besetzung frei und in Einheit über den Aufbau eines friedlichen Deutschlands entscheiden können.

Jetzt kommt es darauf an, diesen politischen Willen großer Massen in Westdeutsch-

land zu organisieren. Deutsche Männer, Frauen und Jugendliche in Städten Westdeutschlands haben sich bereits in Gruppen vereinigt und arbeiten unermüdet an ihrem großen Ziel, eine nationale Volksbewegung für die Befreiung Deutschlands von allen Fesseln im staatlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben zu entfalten. Arbeiter, Gewerkschaftler, jetzt ist die Zeit gekommen, mit eurer Kraft gegen die unwürdige Beschränkung eurer Rechte, gegen die Ausbeutung im Zeichen der Dollarzinsknechtschaft, zu kämpfen. Reicht euch ein, werdet Kämpfer in der Nationalen Befreiungsbewegung!

Bauern, Werktätige auf dem Lande, ihr wollt nicht der ausländischen Konkurrenz erliegen, nicht die Last der ungeheuren Steuern tragen. Reicht euch ein in die Nationale Front! Kämpft gemeinsam mit den Arbeitern für ein friedliches und würdiges Leben in einem geeinten und freien Deutschland! Ihr Bürger in Stadt und Land! Euer privater Besitz, eure kleineren und größeren Betriebe geraten in immer größere Schwierigkeiten. Besatzungskosten und Beschränkungen des Handels engen eure Tatkraft ein, lähmen die friedliche Produktion und den Warenumsatz. Laßt euch nicht abhalten, mit den Werktätigen in Stadt und Land gemeinsam für die Aufhebung aller Beschränkungen der Produktion und des Handels durch ausländische Interessenten einzutreten.

Männer und Frauen, die ihr durch euer geistiges Schaffen für Wissenschaft, Kultur und Kunst große Leistungen im einheitslichen friedlichen und demokratischen Deutschland vollbringen könnt, werdet mutige Kämpfer für eine freie Zukunft unserer Heimat!

Ihr alle, vereint im gemeinsamen Kampf, könnt unser Schicksal wenden. Tretet entschlossen allen entgegen, die Westdeutschland immer fester in das Joch der imperialistischen Mächte einspannen. Ueberwindet euer eigenes Zögern, beseitigt gegenseitiges Mißtrauen, tretet zusammen, beratet, wie der gemeinsame Kampf für die Einheit Deutschlands am besten organisiert werden kann. Nicht die Form des organisierten gemeinsamen Auftretens ist entscheidend, wichtig ist, daß gegen jede Erscheinung der nationalen Abhängigkeit der Wille zur nationalen Selbstbehauptung aufgerufen wird!

Bildet überall Arbeitsausschüsse, Komitees, feste oder lose Zirkel, überzieht das Land mit einem Netz fester Stützpunkte der nationalen Befreiungsbewegung.

Schon ist in der Deutschen Demokratischen Republik das große Beispiel für den Weg in die Zukunft gegeben. Unabhängig, aus eigener Kraft wird in enger Freundschaft mit den friedlichen Völkern ein neues Deutschland gestaltet. Die Hälfte der Menschheit, große fortschrittliche Staaten und Völker stehen auf unserer Seite. Wir können und werden siegen. Nur eines tut not: Mut und entschlossenes Handeln.

Dr. Schumacher nach Achesons Ermahnungen

Schumachers Rede nicht aggressiv

Wer eine scharfe Oppositionsrede Dr. Schumachers zu der Regierungserklärung erwartet hatte, wurde enttäuscht. Vor Sitzungsbeginn hatte es sich in Journalistenkreisen schon herumgesprochen, daß der Führer der SPD sehr gemäßigt sprechen würde. Das traf auch ein. Die sonntägliche Unterredung mit dem amerikanischen Außenminister trug ihre ersten Früchte.

Es gibt kein Monopol, zu wissen, was Deutschland frommt, sagte Dr. Schumacher einleitend und es gibt keine Einstimmigkeit in der Beurteilung der deutschen außenpolitischen Bemühungen vor, in und nach Paris. Ein Kompromiß, betonte er, ist zwischen der Regierung und den Parteien nicht versucht worden. Scharf kritisierte Dr. Schumacher die „totalitäre Angewohnheit“, wie sie mit Adenauers „Zeit“-Interview hervorgetreten sei und die Befügung der Vorschläge der Vereinigten Stahlwerke zu der Note an die französische Regierung. Das Selbstbewußtsein des Parlaments verlangt eine sehr klare Stellungnahme. Schon der Zustand, in dem wir jetzt die Probleme diskutieren, ist kein demokratischer Zustand.

Im einzelnen, erklärte der Führer der SPD, wir sind für Zusammenarbeit mit allen Sicherheitsbehörden und wünschen

starke Kontrollmaßnahmen. Adenauer habe in seinen Interviews von vornherein mehr angeboten, als am Ende der Verhandlungen zugestanden werden könne. Die Darstellung des Kanzlers über die Vorschläge der SPD zur Erhaltung der August-Thyssen-Hütte, sagte Dr. Schumacher, seien in allen Teilen objektiv falsch. Die Vorschläge hätten sich nur bezogen auf die Teile des Werkes, die demontiert werden sollten. Mit keinem Wort sei von einem Engagement ausländischen Kapitals die Rede gewesen.

Unsere Antwort zu den Verhandlungsangeboten bezüglich der Ruhr und der Saar und besonders der Beteiligung von Auslandskapital an der deutschen Industrie, erklärte Dr. Schumacher, ist ein klares, unzweideutiges „Nein“. Seine Partei kämpfe um eine europäische Internationalisierung der westeuropäischen Schwerindustrie. Sie verlange die Klärung, Aenderung oder Beseitigung der Artikel 2, 9, 15, 19 und 31 des Ruhrstatuts. In der Saarfrage sehe die SPD als ultima ratio eine Volksabstimmung an der Saar. Sie fordere die reale Ausnutzung aller Möglichkeiten zur Schaffung der deutschen Einheit. Anschließend erklärte Dr. Schumacher, die bisherige außenpolitische Linie der Bundesregierung habe das schärfste Mißtrauen der SPD hervorgerufen.

„Times“ rät zur Remilitarisierung Deutschlands

Deutlicher geht es nimmer!

Es sind nicht mehr nur einzelne mit wahnwitzigen Plänen spielende Generale und Senatoren, die die Wiederaufrüstung Westdeutschlands fordern. Auch in den Spalten der als gemäßigt geltenden Presse finden sich Anspielungen auf diese Frage. Sogar ein so einflußreiches Blatt wie die Londoner „Times“ spricht, wenn auch noch in gewundenen Worten, deutlich genug mit diesem Gedanken. Das Blatt schrieb am 7. November:

„Auch heute noch wäre es tollkühn, die Ansichten und Leidenschaften Osteuropas zu mißachten, obwohl die Russen erkennen müssen, daß die Wiederaufrüstung Deutschlands schließlich unvermeidbar wird, wenn sie ihre gegenwärtige Politik weiter betreiben.“

„Wenn die Russen ihre gegenwärtige Politik weiter betreiben“, d. h. wenn die Sowjetunion weiterhin eine Politik im Sinne des Potsdamer Abkommens und des in diesem Abkommen verankerten Prinzips der Entmilitarisierung Deutschlands betreibt, dann ist die „Times“ bereit, trotz all der Erfahrungen, die die Völker Europas und auch das britische Volk mit dem deutschen Militarismus machen mußten, die Karte der Remilitarisierung Westdeutschlands auszuspielen. Oder mit anderen Worten:

Ein Vertreter der Herrenmasse wünscht . . .

Verzweifelter und verzweifelter Amerikaner ohne Hunde oder Kinder, will der Massenabfertigung des Hotellebens für drei oder vier Monate entkommen und bietet bis 120 000 Franken im Monat für ein Apartment.

Das Apartment muß sehr große Räume besitzen; es muß aus zwei oder drei Schlafzimmern, einem oder zwei Badezimmern, einem Wohnzimmer, einem EB- oder Studierzimmer, Küche und Büroraum und einem oder zwei Gesindekammern bestehen.

Das Apartment muß mit großen, luxuriösen, hellfarbenen, bequemen Sofas und

ten: Die „Times“ rät dazu, die Vertragstreue der Sowjetunion gegenüber dem von Roosevelt, Churchill und Stalin abgeschlossenen Potsdamer Abkommen mit einem Vertragsbruch zu beantworten. Deutlicher gehts nimmer.

Geheimdiplomatie spiegelt grundlegende Uneinigkeit wider.

Die Geheimdiplomatie, die nach dem ersten Weltkrieg von Präsidenten Wilson verurteilt wurde, kam bei der Außenministerkonferenz der USA, Großbritanniens und Frankreichs zu neuer Blüte . . .

Die übertriebene Geheimpolitik mag vielleicht in dem Wunsche begründet liegen, den Schein der „Einigkeit“ aufrechtzuerhalten. Man hatte den Eindruck, daß Differenzen nicht an die Öffentlichkeit gelangen sollten. Dies erklärte jedoch nur schlecht, warum auch die letzten Beschlüsse geheim gehalten wurden und, wie Mr. Acheson angeregt hat, noch auf Wochen oder Monate hinaus geheim bleiben sollen. Die Technik des Geheimnisses läuft schließlich darauf hinaus, sich gegen deren eigentlichen Zweck zu kehren, da der Eindruck entsteht, daß eine grundlegende Uneinigkeit vorhanden sein muß, wenn Verträge geheim gehalten werden müssen.

„New York Herald Tribune“

Sesseln, schönen Lampen, sauberen Teppichen und Gardinen ausgestattet sein.

Eigentümer von Apartments ohne Teppiche, mit altmodischen Baderäumen, in deren Zimmer Birnen ohne Verkleidung von der Decke hängen, deren Räume mit wenig schönen, oder schlecht erhaltenen kleinen Möbeln ausgestattet sind, wo die Häuser schäbige und wenig einladende Hauseingänge aufweisen, brauchen sich nicht zu melden.

(Annonce in der Pariser Ausgabe der „New York Herald Tribune“.)

Für wen Geheimpolitik?

Reimann beschuldigte Adenauer, unter Mißachtung einer selbstverständlichen parlamentarischen Pflicht sich in den letzten Wochen geweigert zu haben, dem Parlament Rede und Antwort zu stehen. In Form von Interviews habe er eher eine Auskunftspflicht gegenüber dem Ausland anerkannt. „Durch dieses Vorgehen, stellte Max Reimann fest, hat der Herr Bundeskanzler es verhindert, daß sich ein deutscher Standpunkt zu diesen entscheidenden Pariser Verhandlungen gebildet hat.“ Reimann fragte, in welchem Interesse eine solche Methode geheimer Kabinettpolitik liege. Nicht in deutschem Interesse, antwortete er, und nicht in dem einer Förderung der demokratischen Umformung des deutschen Volkes.

Adenauer treibt das Spiel der deutschen und französischen Schwerindustrie

Die Vorschläge Dr. Adenauers, französische Industrielle sollen sich mit von Amerika geliehenem Geld an der deutschen Industrie mit 40 Prozent beteiligen, erinnere an Vorschläge, die der Kölner Großbankier Dr. Pierdemenges 1947 gemacht habe. Dem französischen Konzern die Wendel und dem Comité de Forges habe dieser sogar eine 50-prozentige Beteiligung angeboten. Das zeige deutlich, von wem die Politik Dr. Adenauers bestimmt wird, stellt Max Reimann fest. Schon 1918 einmal habe der Kanzler eine führende Rolle gespielt bei der Verhinderung der Entmachtung der damaligen deutschen Kriegsverbrecher durch die Sozialisierung. Heute spiele Dr. Adenauer dieselbe Rolle unter Beachtung der neuen Situation. „Der Herr Bundeskanzler verbündet sich mit seinem Angebot mit den 200 reichsten Familien Frankreichs“, rief Max Reimann aus, und nennt das dann „den Sicherheitsanspruch des französischen Volkes anerkennen.“ Das französische Volk hat mit dieser Sicherung nichts, aber auch gar nichts zu tun, fuhr der Redner fort. „Die Sicherung des Friedens ist nur möglich durch die Entmachtung des deutschen, des französischen und auch des amerikanischen Monopolkapitals.“

Ablehnung des Ruhr- und Besatzungsstatuts

Nachdem sich Max Reimann noch besonders auf die durch die Artikel 14 und 28 des Ruhrstatuts drohenden Gefahren hingewiesen hatte, fuhr er, zur SPD-Fraktion hingewandt, fort, das Ruhrstatut sowie das Besatzungsstatut muß abgelehnt und nicht reformiert werden, wie es Herr Dr. Schumacher beabsichtigt. Die Gewerkschaftler dürfen nicht in der Ruhrbehörde mitarbeiten, betonte er, denn sie sind nicht dazu da, mit den deutschen und ausländischen Monopolherren an einem Tisch zu sitzen. Die Gewerkschaftsmitglieder wollen die Ueberführung der Grundstoff-Industrien in den Besitz der Allgemeinheit, sie wollen das

Die Frau des Pantoffelhelden von Karl-Heinz Ehrlich

Vor mir steht eine kleine Frau. Sie hält ein Taschentuch in der Hand und zerrt nervös daran herum. Aber sie weint nicht. Sie spricht mit jener weinerlichen Monotonie, die einfachen Frauen oftmals zu eigen ist und hinter der sie ihre Gefühle verbergen. Die Frau klagt mich an.

Der Gerichtsberichterstatter steht zwischen dem Richter und dem Angeklagten. Er hört zu. Doch indem er zuhört und den Gang der Verhandlungen beobachtet, indem er darüber so objektiv wie möglich berichtet — nicht vom juristischen, sondern vom menschlichen Standpunkt aus — ist er ein Teil der demokratischen Kontrolle. Der Gerichtsberichterstatter steht jedoch auch zwischen Gericht und Leser. Er ist Journalist. Und als solcher hat er nicht trockene Berichte zu geben; die Redaktion fordert nette Artikel, die jeder gern liest.

Die Frau zerrt an ihrem Taschentuch. Ihr Mann ist verurteilt worden. Wegen einer Kleinigkeit. Es wurde darüber geschrieben. Es war ein witziger Bericht, der viel Heiterkeit hervorgerufen hat. Denn der Mann war ein Pantoffelheld. Oh, er hat sich nie vor seiner Frau gefürchtet. Die Beiden haben ein armseliges, aber ruhig-zufriedenes Leben geführt, bis er eines Tages mit seinem Untermieter wegen der Küchenbenutzung Streit bekam und ihm einen Pantoffel so kunstgerecht auf die Nase schmiß, daß sich der Untermieter in ärztliche Behandlung begeben mußte. Statt mit einem Pantoffel zurückzuwerfen, hatte er eine Klage wegen Körperverletzung eingereicht. Selbstverständlich bekam er recht. Der Einzelrichter hat die Verhandlung sehr lustig geführt und jenen Mann eben einen Pantoffelhelden genannt. Ich natürlich ebenfalls. Wer ließe sich eine solche Pointe entgehen!

Nun steht also die Frau des Pantoffelhelden vor mir und klagt mich an. Der kleine Bericht hat sie ins Verderben gestürzt, sagt sie. Da sie meine abwehrende Geste sieht, wird sie heftiger: Jawohl ins Verderben! Gewiß, zuerst hätten sie und ihr Mann auch über den Spaß gelacht, doch bald sei ihnen das Lachen vergangen. Ihr Mann sei Arbeiter in einer großen Fabrik. Die Kollegen hätten ur-

sprünglich von dem häuslichen Streit keine Notiz genommen, dafür habe jeder selbst zu viel Sorgen. Als jedoch die Sache in der Zeitung gekommen sei und die Anfangsbuchstaben mit dem Namen ihres Mannes übereinstimmend hätten, habe man natürlich den Pantoffelhelden erkannt, und da die Sache ein Spaß gewesen sei, habe man diesen Spaß bis auf den heutigen Tag verlängert. Die Strafe, die der Richter verhängt habe, ach, die sei längst verschmerzt, aber der Spott! Ihr Mann sei eine empfindliche Natur und könne das Gelächter über den Pantoffelhelden nicht verdauen. Und die Kameraden seien in dieser Hinsicht wie die Kinder: Weil sie sähen, wie sehr ihre Hänseleien dem Manne zu Herzen gingen, steigerten sie den Spaß von Mal zu Mal.

Die Frau zupft an dem Taschentuch und schaut mich vorwurfsvoll an. Sie sind schuldig, scheinen ihre Augen zu sagen. Und ich fühle mich schuldig. Ich überlege, wie ich es wieder gutmachen könnte. Es fällt mir ein, daß ich für jenen Bericht ein besonders dickes Honorar bekommen habe und dieses Geld, längst ausgegeben, brennt mir jetzt auf den Nägeln. Warum geht die Frau nicht weg? Sie hat mir gesagt, was sie mir sagen wollte, was erwartet sie noch von mir? Ein Dementi oder etwas Ähnliches würde doch die Lage nur verschlimmern.

Die Frau des Pantoffelhelden spricht wieder. Monoton, weinerlich: „Wir haben einfach gelebt“, sagt sie, „das ist wahr —, aber

ruhig und zufrieden. Jetzt hat sich das geändert. Mein Mann kommt gehetzt von der Arbeit zurück; die Kinder, die ihn früher sehnsüchtig erwarteten, fürchten ihn heute. Mich behandelt er — ich will nicht sagen, wie. Oh, können Sie sich vorstellen, wie dieser Spaß, den alle so gern lasen, das Glück von vier Menschen zerstört hat! Können Sie sich das vorstellen, Herr Berichterstatter? Und wenn Sie es können, warum haben Sie dann geschrieben?“

Die Frau erwartet keine Antwort. Sie dreht sich um. Ihr Tuch steckt sie endlich in die Tasche, mich sieht sie nicht mehr an. Ich bin mit meiner Frage allein. Früher war es eine große Strafe, Menschen an den Pranger zu stellen, heute sind wir zivilisierter, heute bestrafen wir die Leute vor einem ordentlichen Gericht und stellen sie zudem noch an den Pranger. Ist diese Art der Berichterstattung damit nicht eine Ungerechtigkeit? Bin ich nicht jenen Leichenfledderern zu vergleichen, die um des Geldes Willen — um was schreibe ich denn? — Wehlose ausziehen und bloßstellen?

Past müßte ich es bejahen, wenn der Richter nur strafe, um zu rächen und nicht strafe, um zu bessern. So will ich mir eine pädagogische Aufgabe stellen; zuerst das Herz und dann die Pointe sehen, um nicht gegen die Menschlichkeit zu verstoßen. Ja, gegen die Menschlichkeit.

Die Frau des Pantoffelhelden — vielleicht hat sie mir darum ihr Leid geklagt. Ich habe sie verstanden.

Und die eleganten Berichte, die jeder so gerne liest, die sollen andere schreiben.

Was ist eine Fuge?

In nunmehr zwei Monaten schließt ein Jahr, das der Würdigung unseres größten deutschen Dichters, Johann Wolfgang von Goethe, gewidmet war. Zur selben Zeit öffnen sich die Pforten vor dem Gedenken an den Mann, der auf dem Gebiete der Musik einen Ehrenplatz unter den Künstlern einnimmt — die Neujahrsglocken werden das Bachjahr zur 250. Wiederkehr von Johann Sebastian Bachs Todesjahr einläuten.

Mit seinem Namen verbindet sich — neben vielen anderem — der Begriff „Fuge“ auf das allerengste, denn es ist selten einem Meister die Komposition dieser Form in so prägnanter Weise gelungen wie ihm. Da über diese Musikform allgemein wenig bekannt ist, wollen wir uns heute ein wenig damit beschäftigen.

Wer schon über die Polyphonie gelesen hat, weiß, daß in der polyphonen (viestimmigen) Komposition mehrere Stimmen miteinander gut zusammenklingen, und trotzdem jede einzelne eine Melodie für sich ist, während in der Homophonie (Einfachstimmigkeit) eine Melodie von Akkorden begleitet wird. Um eine polyphone Form handelt es sich bei der Fuge. Joh. Seb. Bach hat in seinem Werk „Das Wohltemperierte Klavier“ zweimal 24 Präludien (Vorspiele) und Fugen durch alle Dur- und Moll-Tonarten unseres Systems geschrieben, und wir wollen eine dreistimmige Fuge aus diesem einmalig dastehenden Werk betrachten.

In der Tonart der Fuge hebt in einer Stimme das „Thema“ an. Es ist zumeist zwei bis vier Takte lang, und muß aus einem musikalischen Gedanken bestehen, der soviel Spannung in sich trägt, daß diese als Impuls für die gewöhnlich 50 bis 80 Takte lange Fuge ausreicht. Dieses erste Thema heißt „Dux“ (Führer). Mit dessen Schlußton hebt der „Comes“ (Gefährte) in einer anderen Stimme an, und zwar ist dies abermals das Thema, nun aber in der Tonart, die sich vom 5. Ton der Haupttonart aus bildet, während dazu aus dem Thema eine Begleitstimme wächst, die „Gegensatz“ genannt wird. Diese Tonart, die „Dominante“ (Herrschende), hat immer das Bestreben, wieder zur Haupttonart zurückzukehren, und dies bestätigt uns auch der Einsatz der dritten Stimme, die nun wieder als Dux das

Thema in der Haupttonart bringt. Dazu entwickelt die zweite Stimme, wie vorder die erste, einen Gegensatz, und die letztere noch einen zweiten, damit ein dreistimmiges Gebilde entsteht. Diesen ersten Teil nennt man „Exposition“ (Aufstellung), da hier das Thema in der Folge I-V-I mit zwei Gegensätzen dem Hörer deutlich vorgestellt wird.

Nun folgt ein kurzes Zwischenspiel, das unter Verwendung vorangegangener Motive in eine andere Tonart moduliert, und das Wechselspiel der Exposition wiederholt sich in der ersten „Durchführung“, wobei jedoch die Reihenfolge der Stimmeneinsätze wechselt, manchmal auch nicht alle Stimmen das Thema bringen (man spricht dann von unvollständiger Durchführung u. a. m.). Eine Fuge besteht zumeist aus drei bis fünf solcher Durchführungen, die in verschiedenen Tonarten stehen und ganz verschieden aufgebaut sind. Vor dem Ende bringt Bach zumeist einen Themensatz auf der vierten Stufe der Haupttonart, die den Schluß wieder in die letztere zurückführt.

Neben diesen Dingen gibt es noch viele Varianten, die ich hier nicht alle aufzählen kann. Im „Wohltemperierten Klavier“ stehen hauptsächlich vierstimmige Fugen und auch zwei fünfstimmige, die in den zusätzlichen Stimmen eben noch einen Comis und einen Dux bringen und sich zu gewaltigen Gebäuden erheben.

Zum Schluß soll noch auf das in diesem Sinne inhaltvollste Werk des Meisters, „Die Kunst der Fuge“ hingewiesen werden, die aus einem Thema eine Reihe verschiedener Fugen für Streichinstrumente aufbaut. Spätere Meister spielten in ihren Chorwerken und Sinfonien riesenhafte Fugensätze, und auch die modernen Komponisten greifen diese Formen wieder auf (Hindemith: Ludus tonales).

Damit hoffen wir, einen Beitrag zum Verständnis der musikalischen Form geleistet zu haben und wünschen unseren Lesern, daß sie sich einmal in eine solche Schöpfung hinein-hören können. B-r.

Eine Weihnachtsausstellung Mainzer Künstler wurde in Mainz eröffnet. In der Ausstellung sind sowohl Werke moderner Kunstströmungen, als auch, in kleinerem Umfang, Bilder älterer Richtungen vertreten.

Aus Kultur und Kunst

Ein neuer Rembrandt?

Die Entdeckung eines Gemäldes, das ein bisher unbekannter Rembrandt zu sein scheint, hat in holländischen Kunstkreisen starkes Aufsehen erregt. Das Gemälde stellt einen auf einem Felsblock sitzenden alten Mann mit langem Bart und roter Mütze dar, der einen Stock in der Hand hält. Es gehörte zu der Kunstsammlung eines Landgutes bei Utrecht und wurde unlängst in Kampen bei Zwollen auf einer Kunstauktion von einem Fabrikanten für 150 Gulden ersteigert. Da es sich in einem verwahrlosten Zustand befand, wurde es restauriert, wobei die Signatur Rembrandts zutage trat. Es ist erstaunlich, daß das Gemälde, dessen Leinwand und Rahmen zweifellos aus dem 17. Jahrhundert stammen, auf die der Auktion bewohnenden zahlreichen Kunsthändler keinen besonderen Eindruck gemacht hat. Führende Kunstsachverständige in Holland werden es nun auf seine Echtheit prüfen. Sollte es sich tatsächlich um einen Rembrandt handeln, dürfte der Fabrikant das beste Geschäft seines Lebens gemacht haben.

Und ein neuer Dokumentarfilm

Der polnische Dokumentarfilm „Grenzstraße“, der in erschütternd-realistischer Darstellung den Aufstand im Warschauer Ghetto und die Gegenmaßnahmen der SS schildert, wurde in einer geschlossenen Verapaltung des Münchener Amerikahauses gezeigt.

Der Dichter des „Untertan“

Der Schriftsteller Heinrich Mann, der zum Präsidenten der kürzlich errichteten „Deutschen Akademie der Künste“ in der sowjetischen Besatzungszone berufen worden war, hat jetzt mitteilen lassen, daß er sein neues Amt erst Anfang nächsten Jahres übernehmen könne. Da er an einer Bronchitis leide, habe ihm sein Arzt davon abgeraten, im Winter von Kalifornien nach Berlin übersiedeln. Heinrich Mann, der ältere Bruder Thomas Manns, steht im 79. Lebensjahr.

„Kantate auf Stalin“

Eine 10stimmige „Kantate auf Stalin“, die soeben im Leipziger Musikverlag C. F. Pe-

ters zum bevorstehenden 70. Geburtstag des sowjetischen Staatsführers erschien, soll im Dezember im Berliner Friedrichstadtpalast uraufgeführt werden. Der Text des Werkes, dessen Finale auch für Tanzensemble geschrieben ist, stammt aus der Feder des jungen Lyrikers und sowjetzonalen Nationalpreisträgers Kurt Bartel-Kuba, die Musik schrieb Jean Kurt Forest vom Berliner Rundfunk. Der Verlag bringt die Kantate auch für einzelne Instrumente heraus.

Schamlose Marikka

Es passierte in einer kleinen westdeutschen Stadt. Ein Filmplakat kündigte „Fregola“ an. Mit Marikka Röck, der Ungarin, jeder kennt sie. Ein Temperament, ein Wirbel, eben eine Ungarin. Sie hat viele Freunde in der Welt, aber der Stadtzensor — so was gibt es tatsächlich im goldenen Westen — dieser Stadtzensor der kleinen Stadt, hochmoralisch und bis an den Stehkragen mit kampfbereiter sittlicher Entrüstung geladen, ist nicht ihr Freund.

Der Herr Stadtzensor sah das Fregola-Plakat und ergrimte. Er sah Marikka als spanische Tänzerin kostümiert in aufreizender Tanzpose, grellfarbig herunterleuchten und das schien ihm ein Alarmzeichen. Ein Angriff auf die Sittlichkeit. Und da der Herr Stadtzensor so etwas wie ein amtliches Feigenblatt ist, schrieb er einen drohenden Brief an das Plakatinstitut, worin er u. a. kundgab, dies Plakat sei frech, schamlos, fast gesetzwidrig und forderte Ueberkleben oder Entfernen dieser ärgerlichen Bekanntmachung, da sie den Tatbestand des Paragraphen soundsoviel erfülle. Dieses „fast gesetzwidrig“ ist in diesem Zusammenhang besonders gut. Der Verband der Filmverleiher, der natürlich einen Juristen hatte, schrieb erstant zurück, daß dieses Plakat noch nirgends Anstoß erregt habe, und er einen „fast gesetzwidrigen Tatbestand“ nicht kenne. Wie die Sache nun weiterläuft, bleibt noch abzuwarten.

Die Wessely

Es gab eine Neuberin, es gab eine Bernhard, und es gab eine Duse. Sie lebten, liebten, litten und starben, sie sind schon fast vergessen — denn dem Mimen flücht die Nachwelt keine Kränze. Dennoch entzückten sie in dem kurzen Kreislauf ihres Lebens einst Europa, glühten auf wie Sterne, bewunderten viel und viel gescholten — und erloschen. Nur noch ein Hauch von ihnen ist geblieben, eine ferne Erinnerung.

In unseren Tagen gibt es eine Schauspielerin, welche die Tradition dieser großen Priersterinnen des gesprochenen Wortes in die Gegenwart herübergerettet hat. Es ist Paula Wessely, die Wessely schlechthin aus Wien. Ein echtes Theaterblut und eine Menschen-darstellerin von großem Format.

In Wien groß geworden und als Künstlerin bereits die Aufmerksamkeit der Fachwelt erregend holte sie Heinz Hilpert nach Berlin, aus Deutsche Theater. Dort fand sie erst den Wirkungskreis, der ihrer einmaligen Begabung gerecht wurde, in den großen Rollen der Dramen der Weltliteratur. Sie spielte Bernard Shaws „Heilige Johanna“, die sendungserfüllte Retterin Frankreichs, welche der gro-



ßen Politik aufgeopfert wurde. Und sie spielte in einem Serienerfolg ohnegleichen Grillparzers Hero in „Des Meeres und der Liebe Wellen“ und wurde stürmisch gefeiert. Selbstverständlich bemüht sie sich der Film ihrer und verließ ihr eine weit über Deutschland hinausgehende Popularität. „Maskerade“ mit Willi Forst als Partner wurde ihr erster durchschlagender Erfolg.

Das letzte, was wir von ihr sahen, war die ergreifende Frauengestalt in „Der Engel mit der Posaune“, der Film einer Generation. Dies Wiedersehen war beglückend und erschütternd zugleich. Alter ist sie geworden, doch nicht alt — und die reife Menschlichkeit ihrer immer realistischen Darstellungskunst zwang uns wieder in ihren Bann. -F.M.-



Der Spleen eines Amerikaners

Der Amerikaner Robert A. Ilg erbaute im Jahre 1932 in Niles (Illinois, USA) eine Nachbildung des „Schiefen Turmes von Pisa“. Ilg, der seit 1932 in diesem Gebäude mit seiner Familie wohnte, zieht jetzt aus

er lachte, dann reichte sein Gesicht nicht dazu aus, und seine Schultern und sein Rücken lachten mit. Er hatte der Frau seines Freundes wieder Mut gemacht. Sie lächelte schon wieder.

„Als ich in der Zeitung las, Jakob unter Mordverdacht, da hab' ich erst einen Schreck gekriegt, aber dann hab' ich so lachen müssen, daß mich alle Kurgäste im Lesesaal ganz erstaunt angesehen haben.“

„Sie meinen auch, es kann nur ein Irrtum sein?“

„Und was für einer!“

„Dann gehen Sie bitte hin! Bitte, sagen Sie denen das! Sie können das, auf Sie hört man. Sie sind jemand.“

„Das geht nun wieder auch nicht, Frau Sabine. So ein Untersuchungsrichter ist allmächtig. Er ist unantastbar. Dem darf man nicht reinreden.“

„Aber Jakob sitzt im Gefängnis. Ringsherum werden die Leute verrückt. Glauben Sie, ein Mensch von all denen, die sich bei uns wohlfühlt haben, wenn wir feierten... Keiner ist gekommen und hat gesagt: Das glauben wir nicht, Jakob ist unschuldig. Oder: Wie können wir Ihnen helfen. Kein Mensch außer Herzberg und Dr. Wormser. Sie sind der erste.“

„Und nach mir mußten Sie auch erst telefonieren. Ich bin aber tatsächlich heute erst zurückgekommen. Am Abend wäre ich auch so bei Ihnen gewesen.“

Sabine Blum nickt ihm dankbar zu.

„Was ist bloß mit all den Menschen auf einmal los? Warum kriege ich anonyme Briefe? Warum ist an unsere Garagentür ein großes rotes Hakenkreuz gemalt?“

„Was!“

„Mit Oelfarbe! Es geht gar nicht weg.“

Wilschinsky lacht:

„Sehr innig. Bei den Buddhisten entrichtet das Hakenkreuz etwa unserem Glückszeichen, dem Hufeisen.“

„Buddhisten sind das kaum, die das dranhängen. Und dann: Warum bekomme ich keine Sprecherlaubnis?“

„Aber Jakob nicht besuchen dürfen? Da werde ich für sorgen. Ich komme mit diesen Herren Richtern zusammen. Sowieso. Am Ende der Woche schon. Da werde ich einmal versuchen... vorsichtig... da werde ich mal auf den Busch klopfen.“

„Am Sonntag war es auf einmal dran.“

„Haben Sie der Polizei Bescheid gesagt?“

„Nein. Hätte ich das tun sollen?“

Wilschinsky antwortete nicht, aber er war ernster geworden. Er stand auf.

„Das ist alles eine Schweinerei.“

Und wenn sein Gesicht zornig wurde, bekam auch sein großer Körper etwas Drohendes.

„Trotzdem Ruhe! Wir sind schließlich auch noch da!“

An der Wand hängen die Vorschriften und die Verhaltensmaßregeln für die Besucher der Untersuchungsgefängnisse:

Besuchszeit nur Mittwoch und Freitag von 10 bis 12 Uhr.

Wäscheabgabe freitags.

Sprecherlaubnis kann nur durch den Untersuchungsrichter erteilt werden. Rauchen verboten.

Christina Burmann sitzt auf einer der Bänke im Warteraum. Um sie herum warten viele andere mit ihr. Vorwiegend Frauen. Arme Leute, besorgte Mütter, ein paar verdächtige, pseudoelegante Gestalten. Niemand spricht.

Es klirren Schlüssel, die Gittertür wird geöffnet, ein Mann in Uniform erscheint.

„Matthes!“

„Hier!“

Eine verhörte Frau im Umschlagutuch mit ihrem halbwüchsigen Stiefel liefert den Schein ab.

„Frau Matthes, geborene Henrici?“

„Ja.“

„Ihr Sohn?“

„Mein Sohn Ferdinand.“

„Kommen Sie mit.“

Affaire

BLUM

ROMAN VON R. A. STEMMLE

Copyright 1948 by Filmverlag, Berlin

16. Fortsetzung

Am anderen Ende des Flurs steht Sabine Blum. Sie hat den Telefonhörer in der Hand und sieht, wie Lucie Schmersneider mit eigenartig wippenden Schritten zur Flurtür geht. Die Frau des Chauffeurs öffnet ihr. Lucie Schmersneider dankt mit einem leichten Kopfnicken, und dann wippt sie, ohne sich noch einmal umzusehen, hinaus.

Frau Bremer schließt die Tür hinter ihr. Dann sieht sie zu Frau Dr. Blum. Die droht unzustinken. Hedwig ist schon bei ihr.

„Gnädige Frau!“

Aber Sabine Blum hat sich bereits wieder gefangen.

„Danke.“

Und dann telefoniert sie ruhig und mit klarer Stimme:

„Bitte 25 125. — Ich möchte gern den Herrn Regierungspräsidenten sprechen.“

— Bitte den Herrn Regierungspräsidenten! — Ja, ich hatte schon mal angerufen. — Herr Präsident? Hier ist Sabine Blum. Ich kann nicht mehr.“

Sie sinkt zusammen. Das Dienstmädchen und die Frau des Chauffeurs fangen sie auf.

„Nee, nee, Frau Sabine. Da machen Sie sich ganz falsche Vorstellungen von der Untersuchungshaft. Da passiert ihm nichts. Es kann ihm überhaupt nichts passieren!“

Zwanzig Minuten hat es gedauert, dann war Wilschinsky, der Präsident des Regierungsbezirks, bei Frau Blum. Er war ein breitschultriger, kräftiger Mann, und wenn

„Oben ist der Präsident, und der Präsident —“

„Herr Präsident Wilschinsky hat uns keine Vorschriften zu machen.“

„Wer sagt denn was von Vorschriften, Herr Kommissar?“

„Weil Sie sagen, oben ist der Präsident.“

„Ja, aber Präsident Wilschinsky —“

„Gnädige Frau, Herr Präsident hat nicht bedacht, daß die Erlaubnis —“

„Ich muß aber meinen Mann sprechen.“

„— daß die Erlaubnis in der Regel verweigert wird, wenn —“

„Eine Minute, Herr Kommissar, eine einzige Minute!“

„— in der Regel verweigert wird, wenn es sich um einen schweren Fall handelt.“

„Aber dadurch wird ja der Fall erschwert, Herr Kommissar.“

„Das zu entscheiden, gnädige Frau, überlassen Sie gütigst dem Gericht.“

Schwerdfeger verbeugt sich und geleitet Christina bis zur Gittertür. Ein Uniformierter sperrt auf, ruft laut Christinas Namen; Schwerdfeger antwortet für das Mädchen, die drei entfernen sich. Frau Blum fühlt, wie ihr der Boden unter den Füßen wankt. Sie tut ein paar hilflose Schritte und sinkt auf die Bank nieder. Unsaubere Bitternis überflutet sie.

Sie standen einander gegenüber — Gabler mit den Schmissen und Christina. Eine trennende Wand aus engem Maschendraht zwischen ihnen.

„Christina!“ Verhaltener Jubel schwang in seiner Stimme.

Sie sah ihn an, wie man ein Bild betrachtet. Den lebhaftigen Karlheinz hatte sie längst vergessen. War er noch Fleisch und Blut? War er es je gewesen? Lächelte da ein Phantom?

Das lächelnde Phantom schwatzte. Seine Rede rauschte wie ein Wasserfall, und Christina gewann es nicht über sich, Aufmerksamkeit zu heucheln.

Fortsetzung folgt

Nachrichten aus Karlsruhe

Eiserne Lunge für Karlsruher
Karlsruhe (wvb). Der ersten medizinischen Klinik der städtischen Krankenanstalten Karlsruhe wurde am Dienstag vom Präsidenten des Landesvereins Baden des Roten Kreuzes die bereits seit Wochen zur Verfügung gestellte eiserne Lunge feierlich als Stiftung übergeben.

Hörerforum
Karlsruhe. Der süddeutsche Rundfunk, Stuttgart, Karlsruhe, Heidelberg, veranstaltet heute, 17. November 1949, um 20 Uhr, ein Hörerforum im Studentenhäuser Karlsruhe.

Staatstheater Karlsruhe
Karlsruhe. Am Totensonntag kommt Beethoven's „Fidelio“ mit Paula Baumann als Leonore zur Wiederaufführung.

Polizeibericht Karlsruhe
Beim Spielen mit einer Schreckschußpistole verletzte ein 10jähriger Schüler einen Dreizehnjährigen am Auge, so daß dieser ins Krankenhaus überführt werden mußte.

In der Rheinstraße lief ein 6jähriges Mädchen beim Überqueren der Fahrbahn gegen einen vorbeifahrenden Personenkraftwagen. Es wurde zu Boden geschleudert und verletzt, so daß es ins Krankenhaus eingeliefert werden mußte.

In der Kriegsstraße wurde nach Mitternacht ein Fußgänger von einem Unbekannten niedergeschlagen, so daß er eine Zeitlang bewußtlos liegen blieb, während er seines Mantels, Huts und Geldbeutels beraubt wurde.

Am Lameyplatz stieß ein Straßenbahnzug, dessen Führer gebendet war, mit einem entgegenkommenden beim Einfahren in die einseitige Strecke zusammen. Hierbei wurde der Wagenführer leicht verletzt, während an beiden Wagenzügen Schäden eintraten und der Bahnbetrieb etwa 45 Minuten gestört blieb.

Heidelberger Nachrichten
Zahlreiche Diebstähle

Kripo-Tätigkeitsbericht im Oktober
Heidelberg. Wie die Kriminalpolizei mitteilt, gelangten in Heidelberg in der Zeit vom 1. bis 31. Oktober folgende Personen zur Anzeige:

Wegen Diebstahls: 72 Personen, wegen schweren bzw. Einbruchdiebstahls: 40 Personen, wegen Fahrraddiebstahls: 5 Personen, 3 Personen wegen Erpressung, 30 Personen wegen Betrugs, wegen Unterschlagung: 16 Personen, 3 Personen wegen Urkundenfälschung, wegen Abtreibung 13 Personen, wegen Untreue: 2 Personen, 1 Person wegen Notzucht, 4 Personen wegen Sittlichkeitsverbrechens. Wegen Zuhälterei: 1 Person, wegen Sachbeschädigung: 2 Personen, wegen Gewerbszunucht: 2 Personen, 3 Personen wegen Körperverletzung, 1 Person wegen Bigamie. Wegen Raubes: 2 Personen, und falscher Anschuldigung: 2 Personen.

Zwanzig Personen, die von auswärtigen Strafverfolgungsbehörden zur Aufenthaltsermittlung ausgeschrieben waren, wurden in Heidelberg ermittelt.

Im selben Zeitraum wurden festgenommen wegen Diebstahls: 4 Personen bzw. erschweren Einbruchdiebstahls: 6 Personen, wegen Betrugs: 5 Personen, Unterschlagung: 2 Personen, 3 Personen wegen Abtreibung, 1 Person wegen Begünstigung. Wegen Gewerbszunucht: 2 Personen, wegen Sittlichkeitsverbrechens: 3 Personen. Wegen falscher Anschuldigung: 1 Person, wegen Zuhälterei: 1 Person und wegen Raubes 2 Personen.

Zweizehn Personen, die von auswärtigen Strafverfolgungsbehörden wegen verschiedener Delikte zur Strafverfolgung ausgeschrieben waren, konnten in Heidelberg ermittelt und festgenommen werden. St. Pr.

Nachrichten aus Eberbach
Aus dem Stadtrat

In der letzten Stadtratssitzung stellte Stadtrat Krampf (KPD) den Antrag auf Ermäßigung der Wasserzinsgebühr für Erwerbslose und sonstige Minderbemittelte. Bgm. Nenninger stellte sich auf den Standpunkt, daß eine generelle Ermäßigung nicht möglich sei. Einzelanträge sollen nach Prüfung der Bedürftigkeit gewährt werden. Ab sofort können Anträge auf Haushaltshilfe beim Fürsorgeamt gestellt werden. Von 450 Anträgen auf Unterhaltshilfe wurde 312 an das Soforthilfamt weitergeleitet. Von 67 Anträgen auf Schulgebührenbefreiung wurden 31 abgelehnt. Von den restlichen wurden 15 voll, 20 zur Hälfte und einer zu 1/3 genehmigt, wie aus dem Protokoll hervorgeht. Ein Erlös von 80000 DM aus einem außerordentlichen Holztrieb soll hauptsächlich für Dachstockausbauten der Schulhäuser verwendet werden. Der Überschuß von 20000 DM dient der Aufzucht. Der Anschluß der Holzgrundlängler an die städt. Wasserleitung soll noch in diesem Jahre ermöglicht werden. An die Staatsbehörde wird der Antrag auf Verlängerung der Polizeistunde von 24 auf 1 Uhr an Samstagen und Sonntagen weitergeleitet.

Der Eisenbahnsteig befindet sich in einem sehr schlechten Zustand. Es wäre „höchste Eisenbahn“, durch Erneuerung des Bohlenbelages und bessere Beleuchtung unausbleibliche ernste Unfälle zu verhüten. Auch hat die Bundesbahnverwaltung genug sonstige Ursache, in Eberbach einmal nach dem Rechten zu sehen.

„Bei mir beißen Sie auf Granit“

Nazi-Oberkirchenrat Dr. Friedrich vor dem Karlsruher Arbeitsgericht

Karlsruhe. Bis vor kurzem wurde den Beamten und Angestellten des öffentlichen Dienstes sechs Prozent ihres Gehaltes auf Grund der Brüningschen Notverordnung abgezogen. Nachdem diese Kürzung endlich beseitigt war, und auch eine bitter benötigte Ueberbrückungsbeihilfe von monatlich 20 Mark gewährt worden war, hofften die Arbeitnehmer des Ev. Oberkirchenrates unter die gleiche Regelung zu fallen. Die Angestellten hatten ja Dienstverträge, die ihnen dieselbe Besoldung, wie ihren Kollegen im Staatsdienst zusicherte. Mit den Worten: „Da beißen Sie auf Granit“, lehnte der Oberkirchenrat die Ansprüche seines Personals ab. Deshalb stand er als Beklagter vor den Schranken des Arbeitsgerichts.

Als geschäftsführender Vorsitzender und Personalchef vertrat der Jurist Oberkirchenrat Dr. Friedrich seinen Standpunkt sehr siegesbewußt. „Die Kirche regelt ihre Arbeitsverhältnisse durch Kirchengesetz, nicht durch Vereinbarungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer.“ Aus dieser Einstellung heraus duldet er auch bis jetzt keine Wahl eines Betriebsrates. — „Übrigens seien die privaten Dienstverträge durch stillschweigende Zustimmung der Betroffenen längst außer Kraft.“ Wie es jedoch zu diesem Stillestehen kam, wußte der Gewerkschaftssekretär überzeugend darzulegen.

Der allgemein bekannte Mangel an sozialem Verständnis und die rücksichtslosen Entlassungsdrohungen des Personalchefs nahmen den meisten Angestellten den Mut zu Vorsprachen. Daß Dr. F. sich trotzdem vor Gericht immer auf das gute Verhältnis zu seinen Untergebenen berief, mußte auf diese wie glatter Hohn wirken. Als er allerdings einige Beispiele seiner sozialen Fürsorglichkeit gab, wurde klar, auf welcher Seite allein er Härten zu vermeiden bestrebt ist: Bei der Entnazifizierung will er nämlich milder verfahren sein als irgendeine andere Dienststelle. Dies wundert niemand, nachdem er als überzeugter Nationalsozialist bekannt war. Erst jetzt hat er wieder eine berüchtigte Naziaktivistin eingestellt für die vorher durch Entlassung von 2 Lehrlingen Platz geschafft wurde. Es weiß auch jedermann im Betrieb, daß die Mehrzahl der wegen ihrer Belastung ausgeschiedenen Geistlichen weiterhin eine Versorgung erhält und daß dem nazistischen ehemaligen Vorsitzenden des Finanzrats eine freiwillige Zuwendung von über 600 Mark jeden Monat nach Heidelberg geschickt wird.

In diesem Zusammenhang wirkte die zweite Verteidigungslinie des Oberkirchenrats sehr sonderbar. Als nämlich der Arbeitsrichter ge-

klärt hatte, daß die Dienstverträge, weil unekündigt, in Kraft seien und auch ein Kirchengesetz von ihrer Erfüllung nicht entbinden könne, erklärte Dr. F., der Kirche fehle es an den nötigen Mitteln, um menschenwürdige Gehälter zu zahlen. — Ganz nebenbei beleuchtete er dabei die bürgerliche Steuermoral: Der Vorsitzende wunderte sich, wie die katholische Kirche bei derselben Kirchensteuer trotzdem ihren Angestellten die bescheidene Gehaltsaufbesserung gewähren konnte. Da erwähnte Dr. F. mit wohlwollendem Verständnis, daß die wohlhabenderen evangelischen Gemeindeglieder in dieser schweren Zeit sich größere Zurückhaltung bei ihrem Steueraufbringen auferlegen müßten.

Der Oberkirchenrat übt keineswegs dieselbe Zurückhaltung bei seinen baulichen Ausgaben. Dies erhöht die Erbitterung unter den Angestellten. Für 2 Wohnungen wurden z. B. über 20000 Mark ausgegeben. An den Gehältern der kleinen Angestellten wird dies eingespargt, genau wie die vielen Garagen, die jetzt neu erbaut werden für die Autos der Herren Oberkirchenräte.

Es war zwar dem ganzen Personal eine große Genugtuung, daß das Gericht den Oberkirchenrat dazu verurteilte, die fälligen Gehaltsaufbesserungen für die ganze strittige Zeit nachzuzahlen. Aber damit ist erst ein kleiner Teil der unzutraglichen Zustände behoben. Die Angestellten werden ihrer Aufbesserung wenig froh werden können, solange sie unter Androhung von willkürlichen Gehaltsrückstufungen stehen, wie sie vorigen November bei einer großen Zahl von Angestellten durchgeführt wurden. Nur wenige wurden zurückgestuft, weil ihre Pflichten sich verringert hatten. Von der Mehrzahl behauptet Dr. F. sie seien ursprünglich aus „Großzügigkeit“ zu hoch eingestuft worden. Bitter ist, daß von den vielen Betroffenen nur einer gewagt hat, Klage dagegen zu erheben. Die Anderen haben sich dazu bestimmen lassen, lieber für weniger zu arbeiten, als arbeitslos zu werden. Der Eine, der Klage erhob, ist in Uebereinstimmung mit seinen Kollegen darauf gefaßt, daß der Oberkirchenrat bald eine Gelegenheit finden wird, um ihm seine aufrechte Haltung mit Verlust von Arbeit und Brot zu vergelten. Das Arbeitsgericht hat die Verhandlung seiner Klage vertagt, um die Unterlagen besser prüfen zu können.

Es wäre für alle Beteiligten gut, wenn in der Zwischenzeit noch mehr Zurückgestufte die Hilfe des Arbeitsgerichts in Anspruch nehmen würden. Darin liegt der Sinn der Solidarität, daß kein Arbeitgeber es sich leisten kann, Racheakte an vielen Angestellten so leicht durchzuführen, wie an einem einzelnen.

Bevor aber ein weiterer Einzelfall für sich behandelt wird, dürfte es vielleicht angemessen sein, daß eine zuständige Stelle die gesamte Personalpolitik und insbesondere den geschäftsführenden Vorsitzenden des Oberkirchenrates unter die Lupe nimmt und sich mit der Frage befaßt, wie ein Mann, der als förderndes Mitglied der SS. bekannt war, mit der Verantwortung für die Entnazifizierung der Angestellten des Oberkirchenrats betraut werden konnte. Hat denn niemand die Gesinnung und den Fragebogen des Personalchefs geprüft, oder fühlte man sich etwa auch durch Kirchengesetz von einer wahrheitsgetreuen Ausfüllung des Fragebogens entbunden?

Vogel nicht mehr im Vorstand der Autozentrale

In unserer Nummer vom 31. Oktober 1949 veröffentlichten wir einen Pressebericht aus dem Karlsruher Arbeitsgericht über die Verhandlung gegen den Inhaber des Taxametergeschäfts Mathäus Vogel. Die Autozentrale Karlsruhe bittet uns um Aufnahme folgender Notiz.

„Die Autozentrale Karlsruhe, Arbeitsgemeinschaft der Karlsruher Kraftdroschenbesitzer, teilt mit, daß Herr Mathäus Vogel seit 16. 9. 1949 nicht mehr im Vorstand der Autozentrale ist und seit diesem Termin auch keinerlei sonstiges Amt mehr in der Autozentrale bekleidet.“

Quer durch das Land

Nur die Namen „großer Schwaben“
Urach (wvb). Die Namen von Max Planck, Albert Einstein und Thomas Mann sollen in Urach von den Straßenschildern wieder verschwinden und durch alte Gewannbezeichnungen ersetzt werden, beschloß der Gemeinderat der Stadt Urach. Der Bürgermeister fügte hinzu, man werde bei künftigen Straßennennungen nicht mehr auf die Namen von noch lebenden Persönlichkeiten zurückgreifen.

Kinoerplätze für erwerbslose Jugendliche
Pforzheim (wvb). Der Vorsitzende des Sozialausschusses im Kreisjugendausschuß Pforzheim, Rudolf Sobczyk, will mit der Pforzheimer Theaterintendantin und den Kinoaktionen Verhandlungen über die Gewährung von Freiplätzen für erwerbslose Jugendliche aufnehmen. Ferner sollen an Samstagsnachmittagen für nicht organisierte und hilfsbedürftige Jugendliche Sprechstunden im Pforzheimer Haus der Jugend eingerichtet werden.

Jugendleiter-Lehrgang der Gewerkschaften
Lindau (wvb). In Wasserburg bei Lindau am Bodensee begann am Sonntag der erste Jugendleiter-Lehrgang des Gewerkschaftsbundes Württemberg-Hohenzollern. Der Bundesvorsitzende Fritz Fleck erklärte, die Schulung der Jugend in arbeitsrechtlichen, sozialpoliti-

Liebe Tip-Freunde!

Eine große Freude steht uns bevor. Wie oft haben wir uns doch grün und gelb geärgert, wenn uns Fortuna beim Tippen ein X für ein U gemacht hatte. Wieviel leichter wäre doch das Tippen, wenn man sagen könnte: „1 oder 2, das ist hier die Frage.“ Aber das X, das wie ein Kobold in der magischen Zwölferreihe meistens immer dort auftaucht, wo man es nicht erwartet hat, dieses verd... X hat uns schon genug Kummer bereitet und viel Geld gekostet. Müssen wir daher der Post nicht dankbar sein, daß sie schon nach einem Jahr und einigen Wochen herausgefunden hat, daß das X keine Zahl, sondern ein Buchstabe ist? Also am 26. November hat es sich ausge-x-t und nur dieses eine Mal noch dürfen wir mit behördlicher Genehmigung das X am wahrscheinlich verkehrten Platz hinmalen. Nutzen wir diese letzte Gelegenheit also noch weidlich aus.

VfB Stuttgart — 1860 München. Kurz vor Martini sind die Münchener „Löwen“ endlich aufgewacht. Ihr Appetit auf Punkte, der ja auch mit dem Essen kommt, wird noch nicht gestillt sein, aber der VfB, der im Gegensatz zu den Münchenern Heimniederlagen noch nicht kennt, wird seine Rolle als Löwenbändiger erfolgreich spielen. Machen wir hier zum Abschied ein X, dann könnten wir „im Bretterbrett“ viel gewinnen. An den Braueren wird es einen lebhaften Umtrunk zwischen den beiden Meistern geben. Da Bundesrecht ja Landesrecht bricht, so müßte der Deutsche (westdeutsche) Meister das letzte Wort behalten, zumal wenn er mit Wiedergenesenen und Heimkehrern aufwarten kann. In Mühlburg stehen die Augsburgs Ballspieler auf verlorenem Posten, aber sie haben gerade gegen die technisch guten Mannschaften Punkte heimgebracht. Die Mühlburger sind allerdings aus härterem Holz geschnitten als Waldhof und der Club. Machen wir ruhig eine 1 hin. Aber bei der nächsten Spalte empfiehlt sich wieder ein X. Das Stürmer-Plus bei Waldhof wird durch den Bornheimer Beton mindestens aufgewogen und der Tabellenführer dürfte mit einem „davongekommenen blauen Auge“ wohl zufrieden sein. In Schweinfurt geben die Stuttgarter Kickers eine Gala-Vorstellung und deren Ausgang wird davon abhängen, wann die Schweinfurter ihren eisernen Vorhang hochziehen belieben. Tun sie es zur unpassenden Zeit, dann könnten die Stuttgarter halbpant machen. Zwei Monate sind es her, seitdem die „Bayern“ in München zum ersten und letztmal eine „ausländische“ Mannschaft auf ihrem Platz geschlagen haben. Und das war ausgerechnet der Deutsche Meister VfB. Seitdem langte es nur einmal zu einem Remis gegen den starken VfB Stuttgart. Warum sollten die „Bayern“ nicht auch den Regensburger Riegel sprengen können? Sie haben es wirklich nötig. Daß im Fürther Bahnhof alle nichtbayrischen Mannschaften arg zersaut werden, haben Waldhof und die „Schwabens“ erfahren müssen. Die „Eintracht“ hat allerdings seit ihrer Abreibung in Waldhof alle auswärtigen Spiele gewonnen. Da ist also guter Tat teuer. Der Nürnberger Club hat mit den Schwaben noch vom Vorjahre eine große Rechnung zu begleichen. Mit 0:5 Tore mußte er alle 4 Punkte hergeben. Die bisherigen vier Heimspiele der Schwaben endeten 1:0. Der VfB und 1860 wurden geschlagen, Mühlburg und Eintracht siegen. Hier könnten wir nochmal ein X riskieren.

Wenn wir uns bei den Tips in der Südd. Oberliga nicht getäuscht haben sollten, so müssen wir nun in die Ferne schweifen und da kann das dicke Ende nachkommen. Arminia war bisher besser als die 96er, aber auch in Hannover gilt die Lokaltreffen-Regel: Nichts genaues weiß man nicht. Neuling und Meister treffen sich in Dellbrück. Den Borussia wird Ludwigshafen noch in den Knochen liegen, also eine 1. Die Tübinger Studenten werden sich in Freiburg von Fortunas Namen nicht biden lassen, sagen wir also 2: 8. „nningen“ haben immer nur mit einem Tor Differenz verloren, vielleicht langt es diesmal zu einer Teilung mit dem Gast aus Reutlingen. Es wäre überhaupt keine schlechte Idee, sich bei den letzten vier Tips noch am X zu berauschen. Auch bei HSV — Eimsbüttel wäre das zu erwägen, dagegen ist in Kiel ein Sieg der schußfreudigen Werderaner zu erwarten.

Entlassungen bei „Industriewerke“ Karlsruhe

Die Lokomotiven aber werden im Ausland repariert

Karlsruhe. Die Industrie-Werke, das größte Karlsruher Unternehmen, das früher in alle Welt exportierte und besonders auf dem südamerikanischen Markt eine hervorragende Rolle spielte, ist seit langer Zeit schon vom Gespenst der Absatzkrise bedroht. Dem Ausbleiben nennenswerter Inlandsaufträge und dem Würgegriff vor allem der englischen und amerikanischen Konkurrenz auf den Auslandsmärkten, sucht die Betriebsleitung mit sogenannten Einsparungsmaßnahmen zu begegnen. Daß diese Maßnahmen zu Lasten der Arbeiterschaft gehen, und daß die Riesengehälter der bei den Industrie-Werken zahlreichen Direktoren davon nicht betroffen werden, versteht sich von selbst.

Seit dem Frühjahr 1949 wurden bis jetzt 350 Arbeiter entlassen. Entscheidende Ur-

sache dafür war die vollständige Liquidierung der Lok-Kessel-Bauabteilung, die durch den enormen Auftragsrückgang der Bundesbahn keine Arbeit mehr hatte. Auch bei den Industrie-Werken Karlsruhe mußten die Arbeiter deshalb auf die Straße geworfen werden, weil die Lokomotivreparaturen an ausländische, vorwiegend an belgische Firmen vergeben wurden.

Die Zahl der Kurzarbeiter im Drehbank- und Verpackungsmaschinenbau beträgt zur Zeit 115. Anfang November nahm die Werksleitung weitere Entlassungen von 98 Arbeitern vor, und es besteht Grund zu der Befürchtung, daß damit lediglich der Auftakt zu einer neuen Entlassungswelle gestartet wurde.

Grober Amtsmissbrauch eines Fürsorgebeamten

Nicht jedermann hat das Recht, Leute ins Narrenhaus zu schaffen

Karlsruhe. Die Wege der Liebe sind manchmal recht seltsam. Selbst in den düsternen Räumen des städtischen Fürsorgeamtes kann sich ein Feuerchen entzünden. Dort übt ein Angestellter sein gewiß nicht leichtes Amt mit einer solch bestrickenden Freundlichkeit aus, daß es bei einer Fürsorgeempfängerin zu falschen Deutungen führte. Durch das entgegenkommende Verhalten sah sie in ihrem dienstlichen Betreuer schon ihren zukünftigen Ehemann und guten Vater für ihre beiden Kinder. Genährt wurde diese Hoffnung dadurch, daß sich der Angestellte einige Male mit ihr traf. Groß war ihre Enttäuschung als sie erfahren mußte, daß sich ihr Angebeteter inzwischen verlobt hatte. Von dämonischer Eifersucht getrieben, machte sie ihm in den Räumen des Wohlfahrtsamtes eine heftige Szene. Das veranlaßte den Abteilungsleiter, die Fürsorgeempfängerin kurzerhand durch einen Polizeibeamten zu entfernen und zur Untersuchung auf ihren Geisteszustand in die Psychiatrische Klinik des Städtischen Krankenhauses einzuweisen, wo man sie mit ihrem zweijährigen

Kind während einiger Stunden in die Isolierzelle einsperrte. Währenddessen lag ihr zweites, dreiviertel Jahre altes Kind unversorgt zu Hause.

Unbestreitbar liegt hier ein Mißbrauch von Amtsgewalt vor. Wo soll es denn hinführen, wenn sich jeder Beamte befugt hielte, einen Unruhestifter in die Narrenabteilung eines Krankenhauses verbringen zu lassen? Bei besserem psychologischen Verständnis hätte es durchaus genügt, die Frau durch den Pförtner hinausgeleitet zu lassen.

Eine Einweisung in eine psychiatrische Klinik steht nur dem Amtsarzt, dem staatlichen Gesundheitsamt oder bei Gefährdung der öffentlichen Sicherheit der Polizei zu. Auch dem zuständigen Arzt des städtischen Krankenhauses kann der Vorwurf nicht erspart bleiben, die Frau ohne schriftliche Einweisung in Verwahrung genommen zu haben.

Oder sollten sich die Mißgriffe so erklären lassen, daß es sich im vorliegenden Falle nur um eine Fürsorgeempfängerin gehandelt hat?

Geständnis im Enzberger Giftmordfall

Den heimgekehrten Ehegatten mit Zyanalkal umgebracht

Pforzheim (wvb). Nach Vornahme einer Leichensektion wurde eindeutig festgestellt, daß der Tod des kürzlich aus sowjetischer Kriegsgefangenschaft zurückgekehrten Paul Heller aus Enzberg durch Zyanalkal verursacht wurde. Die 33jährige Ehefrau des Toten hat bereits zugegeben, ihren Mann vergiftet zu haben.

Nach Aussagen eines Bruders des Verstorbenen soll die Frau Hellers von einem anderen Mann ein Kind erwartet haben. Seit der Rückkehr ihres Mannes aus Kriegsgefangenschaft habe sie ständig darauf gedrängt, daß ihre Tochter Waldtraud ein Brüderchen bekommen solle. Sie habe ihren Mann nach seiner Rückkehr aus Kriegsgefangenschaft von der Außenwelt vollkommen abgesperrt, damit er nichts über ihren Lebenswandel erfahren solle. Dieser Lebenswandel habe im Dorf allgemeines Befremden ausgelöst.

Die 13jährige Tochter Waldtraud gab der Polizei gegenüber an, ihre Mutter habe nach dem Zusammenbrechen ihres Vaters zunächst versucht, den Gashahn aufzudrehen. Anschließend habe sie in die Enz springen wollen. Die polizeilichen Ermittlungen sind noch nicht abgeschlossen.

Bahnräuber in Karlsruhe verurteilt

Karlsruhe (wvb). Die Große Strafkammer Karlsruhe verurteilte am Dienstag den 25-jährigen Artisten Karl Brandenburg wegen fortgesetzten schweren Diebstahls zu drei Jahren und sechs Monaten Gefängnis. Weitere neun Angeklagte wurden wegen Diebstahls und Hehlerei zu Gefängnisstrafen von je drei Monaten verurteilt. Fünf Angeklagte wurden freigesprochen.

Die Verurteilten hatten unter der Führung des 28jährigen Otto Riedel und des 25jährigen Karl Brandenburg in der Zeit von 1947 bis Juni 1949 auf dem Frankfurter Hauptbahnhof rund 60 Diebstähle begangen, bei denen ihnen insgesamt 300 Pakete mit Textilien, Lederwaren und anderen Verbrauchsgütern im Werte von 20—30000 DM in die Hände fielen. Der Haupttäter Otto Riedel,

der bei einem Diebstahl im Februar 1949 in Frankfurt einen Bahnpolizisten mit einer Eisenstange erschlagen hatte, entzog sich, nachdem er ein Geständnis abgelegt hatte, durch Selbstmord seinen Richtern.

Offener Brief an einen Einbrecher
Göppingen (wvb). Im redaktionellen Teil der „Neuen Württembergischen Zeitung“ in Göppingen war am Dienstag folgender „öffentlicher Brief“ zu lesen: „Lieber Herr Einbrecher! Zu Deiner Orientierung möchte ich Dir nur sagen, daß in der Sektflasche, die Du mitgenommen hast, nur eingemachte Tomaten waren, für die Du wohl kaum Verwendung haben wirst. Mein Rucksack und mein Badetuch gib mir aber bitte wieder zurück, die Sachen brauche ich nämlich dringend. Bin total geschädigt und an beiden Beinen gelähmt und muß von einer Rente leben. Wenn Du aber der Meinung bist, daß Du über dran bist als ich, dann behalte die Sachen ruhig, sonst schicke sie mir zurück.“

Der unbekannte Langfinger, an den der Brief gerichtet war, hatte dem schwerkranken Briefschreiber die erwählten Gegenstände aus dem Keller gestohlen. Man wartet jetzt gespannt auf die Reaktion des Diebes.

DPs sind steuerpflichtig

Stuttgart (wvb). Der amerikanische Landeskommissar für Württemberg-Baden, General Charles P. Gross, hat, wie am Dienstag bekannt wurde, dem württembergisch-badischen Ministerpräsidenten, Dr. Maier, bereits vor längerer Zeit mitgeteilt, daß alle DP's, die einer der Vereinten Nationen angehören, grundsätzlich der deutschen Steuergesetzgebung unterliegen. Sofern nicht eine andere Anordnung von amerikanischer Seite vorliege, müßten alle DP's, die sich in der deutschen Wirtschaft betätigen, Einkommen, Umsatz-, Gewerbe- und Vermögenssteuern entrichten, auch wenn sich ihr Betrieb innerhalb eines DP-Lagers befindet. Fällige Steuern dürften bei DP's jedoch nur mit Zustimmung der Besatzungsmacht zwangsweise eingezogen werden.

schen und volkswirtschaftlichen Fragen sei eine vordringliche Aufgabe der Gewerkschaften. Es gelte, wachsam zu sein, um die Stellung der Arbeitnehmer in Wirtschaft und Staat zu festigen. Der Jugendleiter-Lehrgang in Wasserburg bilde den Auftakt zu einer großen Schulungsaktion des Gewerkschaftsbundes von Württemberg-Hohenzollern. Die tüchtigsten und fähigsten Teilnehmer dieses Lehrganges würden später für den Besuch der Akademie der Arbeit in Frankfurt am Main ausgewählt.

Temperamentvoller Fluchtversuch
Heidelberg (wvb). Ein schon mehrfach wegen betrügerischer Delikte vorbestraftes Mädchen versuchte sich am Montag einem weiteren Haftbefehl durch Flucht zu entziehen. Aus einem Toilettenspiegel des Heidelberger Amtsgerichts sprang sie auf ein tiefer gelegenes Dach und von dort aus auf eine etwa vier Meter tiefer gelegene Straße. Sie blieb mit Knochenverletzungen liegen.

Bürgermeister besprechen Theaterfrage
Bruchsal (wvb). Die Frage der Neugestaltung des Theaterwesens in Nordbaden stand am Montag im Mittelpunkt einer Tagung der Oberbürgermeister der nordbadischen Städte Heidelberg, Karlsruhe, Mannheim, Pforzheim in Bruchsal. In einer Verlautbarung wurde mitgeteilt, daß die anwesenden Oberbürgermeister nach eingehenden Erörterungen zu einer grundsätzlichen Uebereinstimmung gekommen sind. Die Beratungen werden zu einem späteren Zeitpunkt fortgesetzt.

Ein kluges Spiel

Der Schlachtruf „Hie Groß-Schwaben“ und der immer lauter werdende Gegenruf „Hie Altbaden“ gellen durch die Lande zwischen Rhein und Neckar und fordern die Recken zum letzten entscheidenden Kampfe. Vielleicht hatten einige gehofft, daß Oberregierungsrat Dr. Werber das alemannische Kriegsbeil nach den heftigen Angriffen und Beschuldigungen gegen ihn im Württembergisch-Badischen Landtag als bedingungsloser Kapitulant einbringen würde. O gemacht, dem ist nicht so; Dr. Werber wird den Kampf für seine geliebte Heimat im Odenwald und Schwarzwald sowie in der Ebene weiterführen, und er wird weiterhin die alemannisch-fränkischen Kämpfe sammeln und organisieren zum Kampf um die Befreiung Badens vom „Groß-Schwäbischen Imperialismus“, wie aus seiner Erklärung in der „Karlsruher Neuen Zeitung“ zu entnehmen ist. Auf beiden Seiten wappnen sich die Streiter, und bald werden die Wälder Schwabens und Alemanniens widerhallen von germanischem Kampfesgerüll wie während im Jahre 9 nach Christi Geburt, als in den tiefen Schluchten des Teutoburger Waldes die römischen Legionen vor den Scharen des Cheruskers dahinsanken.

Vielleicht wird's doch nicht gar so wild werden. Denn es wird ja nicht nur gebrüllt — es wird auch in sehr friedlicher Weise gekuhandelt. Und mancher Einwohner des südwestlichen Raumes hat den Eindruck gewonnen, daß das gar so laute Kampfesgeräusch der Anhänger Wohllebens in letzter Zeit mehr alemannischer Pfiffigkeit als Kampfesmut entspringt. Eines lehrt auf jeden Fall die bereits lange Periode des Handelns und Fellschens um den Südweststaat: Je kampfeslustiger und unnahgiebiger die eine Seite tut — desto mehr Konzessionen ist die andere bereit zu machen.

Es scheint dem nicht gar zu Dummen, daß die CDU ein kluges Spielchen spielt — ihr „badischer Flügel macht in Kriegslüsterheit und ihr „groß-schwäbischer“ Flügel kuhhandelt indessen und heimst die Konzessionen an ihre Zielsetzung der reaktionären Gestaltung des südwestdeutschen Raumes ein, die die SPD macht, um sie bei der Stange zu halten. Fürwahr, ein kluges Spielchen!

Achtung VVN Mannheim

Wir weisen unsere Mitglieder auf die am kommenden Sonntag, den 20. November 1949, vormittags 9.30 Uhr, in den Mannheimer Motorenwerken stattfindende Mitgliederversammlung hin.

Thema: „Wiedergutmachung in Theorie und Praxis“. Sprecher: Prof. Sultan, Heidelberg, H. Mellinger, Mannheim.

Kein Sport am Totensonntag

Am Totensonntag, 20. November 1949, dürfen sportliche Veranstaltungen gem. § 12 Abs. 3 Nr. 2 des Gesetzes Nr. 161 über die Sonn-, Fest- und Feiertage vom 29. Oktober 1947 nicht stattfinden. Mit einer Genehmigung von Ausnahmeerträgen kann nicht gerechnet werden (§ 17 des genannten Gesetzes).
Städt. Amt für öffentl. Ordnung.

„Wissenschaftliche“ Methoden bei Freudenberg

Ein „Augendiagnostiker“ prüft den Willen zur Arbeit

Wir waren schon des öfteren in der Lage, den krassen Widerspruch zwischen dem was Herr Richard Freudenberg während des Wahlkampfes gesprochen und versprochen hat und seiner Praxis im eigenen Betrieb aufzuzeigen. Wem wäre es leichter als Herrn Freudenberg, sein ach so sozial empfindendes Herz, das vor dem 14. August in Versammlungen und in seinen zahlreichen Propaganda-Schriften so heiß für die Sache der Aermsten der Armen schlug, auch in der grauen Wirklichkeit für seine Wähler schlagen zu lassen. Beschäftigt er doch Tausende von Arbeitern und darunter gar noch ein Großteil Flüchtlinge.

Aber wie die Praxis Freudenbergs aussieht,

das beweist wieder einmal ein Bericht, der uns zuzug.

Eine über 50 Jahre alte Flüchtlingsfrau hatte das „Glück“, in die Abteilung „Flüsch“ versetzt zu werden nach einem Unfall, der sie in der Ausführung ihrer bisherigen Arbeit stark behinderte. In der neuen Abteilung aber ist der Akkord nur für ganz flinke und junge Hände kalkuliert. Infolge ihrer Armbehinderung entstanden nach kurzer Zeit gefährliche Schwellungen an Arm und Hand. Die Flüchtlingsfrau wurde zum Arzt verwiesen, und der Betriebsrat schlug für die Frau eine andere Arbeit vor. Aber scheinbar sind die Kompetenzen des Arztes sowie des Betriebsrats bei

Freudenberg sehr begrenzt, denn die bemitleidenswerte Frau wurde trotz alledem wieder an den alten Arbeitsplatz zurückbeordert und auf Befehl des Meisters ihrer Abteilung wieder an die selbe, für sie undurchführbare Arbeit, trotz der Ermahnungen des Arztes. Und so mußte die Flüchtlingsfrau von neuem eine Schere im Gewicht von 850 Gramm handhaben, um starke Felle zu schneiden.

Die Folge dieser unmenschlichen Forderung blieb natürlich nicht aus. Als nach erneuten Schwellungen der Hand die Arbeit zu einer unerträglichen Qual für sie geworden war, machte sie die Tränen den Meister auf die Unmöglichkeit aufmerksam, ihrer Arbeit weiter nachzukommen. Die Flüchtlingsfrau wurde schließlich aufs Büro gerufen und dort erklärte ihr der Meister mit der Miene des überlegenen Psychologen: „Wissen Sie, ich bin ein sehr guter Augendiagnostiker und kann an den Augen meines Gegenüber sofort feststellen, ob guter Wille zur Arbeit vorhanden ist oder nicht...“

Erschüttert und eingeschüchtert ob solcher mit übernatürlichen Kräften versehenen Vorgehens trat die bedauernswerte Flüchtlingsfrau den Rückzug an ihren Arbeitsplatz an. Ein Verhandeln auf dieser Basis dünkte ihr wohl als unmöglich für einen einfachen Menschen, der nicht mit dem sechsten Sinn ausgestattet ist.

Wirft dieses Vorkommnis unter vielen nicht ein bezeichnendes Licht auf die Praxis eines Mannes, dort, wo er die Möglichkeit hätte seine angeblichen sozialen Ideen in die Wirklichkeit umzusetzen, der doch gerade die Flüchtlinge im Landkreis Mannheim als Wähler köderte, indem er ihnen versprach, ihr elendes Los erleichtern zu helfen.

Angestellte gegen Versorgungsgesetz

Die Delegiertenversammlung der Mannheimer Angestellten-Gewerkschaft protestierte in einer Entschließung gegen das im Landtag vorliegende Versorgungsgesetz für die aus nazistischen Gründen entlassenen Beamten. In der Entschließung heißt es, daß die Delegierten es nicht verstehen könnten, daß man Ruhegehälter in Höhe von 300–500 DM gewährt, während die Kriegskrüppel und Kriegsgeschädigten nichts bekommen. Die Delegierten verlangen von den Parteien, daß sie jeder Regelung ihre Zustimmung versagen, welches über die Leistungen der Angestellten-Versicherungen hinausgeht.

Die Entschließung wurde gegen eine Stimme angenommen und wird dem Landtag wie den einzelnen Parteien zugestellt.

Vortrag des TV „Die Naturfreunde“. Die Vortragssaison des TV „Die Naturfreunde“ beginnt am Samstag, dem 19. November, 19 Uhr, in der Aula der Wirtschaftshochschule mit einem Farblichbildvortrag von dem bekannten Alpinisten und Bergsteiger Ludwig Steinauer, München, über „Karwendelfahr-

Freitodwelle steigt in Mannheim an

Sieben Selbstmorde in 14 Tagen

Kaum ist die letzte Selbsttötung durch Leuchtgas durch die Presse zur Kenntnis der Öffentlichkeit gelangt, wird aus den H-Quadranten gemeldet, daß sich dort ein 72 Jahre alter Rentner ebenfalls durch Einatmen von Leuchtgas das Leben genommen hat. Damit steigt die Zahl derer, die durch Leuchtgas in den ersten 14 Tagen des November freiwillig aus dem Leben geschieden sind, auf 7 an. Zwei weitere Personen haben sich im gleichen Zeitraum erhängt. Der Vollständigkeit halber muß aber noch hinzugefügt werden, daß in der Berichtszeit 7 Selbsttötungsversuche unternommen wurden, die aber nicht mit dem gewünschten Erfolg endeten.

Zwei Kinder stürzten von der Brücke

Ein tragischer Unglücksfall ereignete sich um die Mittagszeit an der ehemaligen Hindenburgbrücke (Neckarstadtseite). Ein 5 Jahre alter Junge, begleitet von einem 3jährigen Mädchen, begaben sich, nachdem beide unter dem 2 Meter hohen Absperrzaun hindurchgeschlüpft waren, auf die etwa 10 Meter hohe Rampe der zerstörten Brücke, um anscheinend dort zu spielen. Das Mädchen wagte sich dabei zu nahe an den Rand der Rampe, dabei wollte sie der Junge zurückhalten, wurde aber von dem bereits unsicher gewordenen Mädchen mit über den Rand der Brücke gezogen, so daß beide auf die Neckarwiese stürzten. Der Junge schlug bei dem Absturz mit seinem Kopf gegen einen Stein und blieb mit schweren Kopfverletzungen liegen; eine halbe Stunde später ist er seinen Verletzungen erlegen. Ob und inwieweit das Mädchen innere Verletzungen davongetragen hat, ist im Augenblick noch nicht geklärt. Bei den beiden Kindern handelt es sich um Flüchtlingskinder, deren Eltern im nahegelegenen Ochsenpferchbunker untergebracht sind.

Die Absperrungen an der zerstörten Brücke gegen ein unbefugtes Betreten werden als ausreichend angesehen.

Gerade groß genug, um durchzukriechen. Während der Nachtstunden wurde ein Zigarrengeschäft im Jungbuschviertel von einem unbekannten Dieb heimgesucht, der von einer angrenzenden Hausruine aus das Mauerwerk einer früheren Türe gewaltsam

Meine Meinung

Die unter dieser Rubrik veröffentlichten Einsendungen unserer Leser decken sich nicht in jedem Falle mit der Auffassung der Redaktion.

Etwas mehr Rücksicht

Auf die Stellungnahme, die die Stadtverwaltung zu meinem Artikel vom 7. Oktober veröffentlicht hat, muß ich mich, da mir Unrichtigkeit vorgeworfen wurde, verwehren.

In meinem Artikel begrüßte ich die Anordnung, weil dadurch den Aermsten das lästige Schlangensuchen herabgemindert wurde, voll und ganz. Daß diese Regelung schon seit Anfang dieses Jahres besteht und bei jeder Sprechstunde erneut angesagt wurde, ist mir aber neu. Wäre dies geschehen, so hätte es nicht vorkommen können, daß mir dies zuerst im Oktober bekannt wurde, da ich bis dahin anstandslos am ersten Zahltag meine Unterstützung ausgezahlt erhielt, ohne auf diese Weisungen aufmerksam gemacht zu werden. Wenn sich etwas bewährt hat, so muß es vorher längere Zeit durchgeführt worden sein. Das war aber bis Oktober nicht der Fall. Ich, der Einsender, bin keiner von denjenigen, die sich um die Weisungen nicht kümmern, noch weniger trifft mich die Schuld an meinem Mißgeschick.

Ich frage mich nun, wäre es nicht doch zweckmäßiger, mit einem 3 oder 4 Zeilen großen Anschlag solche Weisungen bekannt zu machen? Es wären damit schon dem abfertigen Beamten viele Worte erspart und ihm sein Amt wesentlich erleichtert. Mein Artikel sollte einzig und allein dazu beitragen, die Lasten der Aermsten etwas zu erleichtern und nicht durch schweigsame Duldung zuzusehen.
E. E. Käferal.

Versammlungen der KPD Mannheim

Ortsgruppe Innenstadt: Am Donnerstag, den 17. November, abends um 19 Uhr, findet im Lokal Fertig, Holzstraße 18, ein Frauenabend statt. Referentin ist Frau Maria Brunner. Tassen und Teller sind mitzubringen.

Kreisvorstandssitzung. Am Donnerstag, den 17. November, um 18.30 Uhr, in S 3, 10, Kreisvorstandssitzung gemeinsam mit den Polettern der Orts- und Betriebsgruppen. Veranstaltungen der KPD

Neckarstadt-Ost. Freitag, den 18. November 1949, 19.30 Uhr, in der Uhlenschule (Zeichensaal) Mitgliederversammlung. Referent: Stadtrat Peter Eimuth.

Waldhof. Freitag, den 18. November 1949, 20 Uhr, im Lokal „Rheintal“ Mitgliederversammlung. Referent: Richard Hofmann.

Plankstadt. Freitag, den 18. November 1949, 20 Uhr, im Lokal „Stern“, Mitgliederversammlung. Referent: Ein Genosse des Kreisvorstandes.

Die Blendlaterne. Wir weisen nochmals darauf hin, daß die vierte Veranstaltung der „Blendlaterne“ unter dem Titel „Verhexte Diskussion“ am Donnerstag, dem 17. November, pünktlich 19.30 Uhr, in der Wandelhalle des „Rosengartens“ stattfindet.

Unerwartet wurde im Alter von 68 Jahren unser langjähriger Genosse

Nikolaus Graf

durch einen Herzanfall aus seinem kämpferischen Leben gerissen. Wir werden ihm stets ein ehrendes Andenken bewahren.

Mannheim-Neckarau, 16. November 1949

Kommunistische Partei Deutschlands
Ortsgruppe Neckarau

Feuerbestattung Freitagnachmittag, 14 Uhr, Hauptfriedhof Mannheim (Krematorium).

Preiswerte
WEINE
des guten Jahrgangs 1949:

LITER

Kallstadter Rotwein 1.70
Rheinl. Weißwein 1.85

WEIN-PFEIFFER
gegr. 1911 - Telefon 44791
G 3, 9 Jungbuschstraße
Nähe Marktplatz)
Schwetzinger Straße 27
Seckenheimer Straße 110
Rheinau, Stengelhofstraße 4

Einige zurückgesetzte
Küchenbuffets

Büfett 140 cm natr. verlagert. 180.-
Büfett 160 cm Esche n.g.einw. 205.-
Büfett 180 cm Buche
etwas beschädigt 245.-
Büfett 190 cm Lackföhler 275.-
Büfett 160 cm veralt. Mod. 250.-
Büfett 120 cm ohne Aufsatz 118.-

Hch. Baumann & Co.
Qu 5, 4 Mannheim Qu 5, 4

Mieter m. Bauzuschuß f. 2 Zi. u. Kü. m. Bad in Neubau, Vorort v. Mannh. gesucht. Angeb. u. Nr. M 1004 an den Verlag.

NATIONALTHEATER MANNHEIM

Spielplan vom 19. — 28. November

Samstag, 19. Nov. außer Miete	Zum letzten Male: „Im weißen Rössl“ Operette von R. Benatzky. Anfang 19.30 Uhr, Ende 22.30 Uhr.
Sonntag, 20. Nov. außer Miete	Nachmittagsvorstellung zu ermäßigten Preisen: „Der Kammersänger“, drei Szenen von Frank Wedekind. Hierauf: „Hinter verschlossenen Türen“, Stück von Jean-Paul Sartre. Anfang 14.30 Uhr, Ende gegen 17 Uhr.
Sonntag, 20. Nov. außer Miete	„Tannhäuser“, Oper von Richard Wagner Anfang 19 Uhr, Ende gegen 22.30 Uhr.
Montag, 21. Nov. Miete G Nr. 5	„Faust“, der Tragödie I. Teil von Joh. W. von Goethe. Anfang 18.30 Uhr, Ende gegen 22.30 Uhr.
Dienstag, 22. Nov. Miete N Nr. 5	„Fanny“, Komödie von Marcel Pagnol. Anfang 19.30 Uhr, Ende gegen 22 Uhr.
Mittwoch, 23. Nov. Miete A Nr. 5	„Fidello“, Oper von L. v. Beethoven. Anfang 19.30, Ende gegen 22 Uhr.
Do., 24. Nov. Miete J Nr. 5	„Fanny“, Komödie von Marcel Pagnol. Anfang 19.30, Ende gegen 22 Uhr.
Freitag, 25. Nov. Miete D Nr. 5	„Ardele“ oder das Gänseblümchen, Schauspiel von Jean Anouilh. Anfang 19.30 Uhr, Ende gegen 21.30 Uhr.
Samstag, 26. Nov. Prem.-Miete Nr. 6	In neuer Inszenierung: „Hoffmanns Erzählungen“, Phantastische Oper von Jacques Offenbach, Anfang 19, Ende gegen 22 Uhr.
Sonntag, 27. Nov. außer Miete	Nachmittagsvorstellung zu ermäßigten Preisen, „Fanny“, Komödie von Marel Pagnol, Anfang 14, Ende gegen 16.30 Uhr. abends: „Hoffmanns Erzählungen“, Phantastische Oper von Jacques Offenbach, Anfang 19.30, Ende gegen 22.30 Uhr.
Sonntag, 27. Nov. außer Miete	„Die Entführung aus dem Serail“, Sing-spiel von W. A. Mozart, Anfang 19.30, Ende gegen 22 Uhr.

Die Inhaber von Premieren- und Platzmieten werden darauf aufmerksam gemacht daß am 15. November 1949 die zweite Rate des Mietpreises fällig war. Wer bis zu diesem Termin seiner Zahlungspflicht nicht nachgekommen ist, befindet sich im Verzug. Zahlungen können täglich von 10–13 Uhr und 14–16 Uhr (ausgenommen Samstag-Nachmittag und Sonntags) unter Vorlage des Platzausweises an der Theaterkasse erfolgen.

Wir bitten die Inhaber von Premieren- und Platzmieten, die für das Gastspiel „Paula Wessely“ am 2. und 3. Dezember 1949 vorbestellten Karten bis spätestens Samstag, den 26. November an der Theaterkasse abzuholen. Nicht abgeholte Karten müssen am Montag, den 28. Nov. in den Verkauf gestellt werden.

Inserieren BRINGT GEWINN!

Berthold Rösch
Färber- und chem. Reinigung
Mannheim - Seckenheim
Tel. 673 95

Kugellager
in allen gäng. Größen
FINDLING, (7a) Ettlingen 62
Lehleiterstr. 1.

Schlafzimmer
in allen Holzarten
in friedensmäßig. Ausfüh.
direkt vom Hersteller

Möbel Angst
Mannheim-Neckarstadt
Lortzingstraße 12
zweite Querstraße von der
Mittelstraße links

C. Blumhardt
Fahrzeugwerk
Wuppertal-Vohwinkel

luftbereifte
Gespannwagen
Langholzwagen



BESTELLSCHHEIN

Hiermit bestellen ich - wir ab
die Tageszeitung **BADISCHES VOLKSECHO** durch Träger - Post - Abholer

Name: An den Verlag

Vorname:

Wohnort:

Straße:

Besondere Wünsche:

BADISCHES VOLKSECHO

MANNHEIM

S 3, 10

Ausschneiden und unfrankiert in den nächsten Briefkasten werfen!

Herren- u. Knaben-Winterkleidung

Hr. Kleidermacher
Bergdolt

BEKLEIDUNGSHAUS MANNHEIMS SEIT 1871
BREITESTRASSE · H 1, 5

Eigene Maßschneiderei für Damen u. Herren